

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 12/16. Jahrgang

15. Juni 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

**US-Gouverneur unterschrieb Hinrichtungsbefehl
und setzte die Hinrichtung auf den 17.8. fest**

Dreizehn Jahre, nachdem der afro-amerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt wurde, hat der als extrem reaktionär berüchtigte Gouverneur von Pennsylvania, T. Ridge, den Hinrichtungsbefehl unterzeichnet.

Kann das Leben von Mumia Abu-Jamal noch gerettet werden?

Die Zunahme der Todesurteile und Hinrichtungen in den USA ist der schroffste Ausdruck einer Rechtsentwicklung der US-amerikanischen Gesellschaft und extremer rassistischer und sozialer Repression. Fast 3000 Menschen, mehr denn je, sitzen in den US-amerikanischen Todesstrafen, Schwarze, Hispanics, Indianer und arme Weiße, die, wie Mumia Abu-Jamal aus dem Gefängnis schrieb, „von einer heruntergekommenen Gesellschaft ausgestoßen werden“. Staaten, in denen die Todesstrafe abgeschafft war, wie z.B. New York State, haben die Barbarei der Tötung von Staats wegen wieder eingeführt, andere, wie Pennsylvania, die Praxis der Hinrichtungen nach über 20 Jahren oder 30 Jahren wiederaufgenommen. Die Todesstrafe wird sogar an geistig behinderten Menschen und Minderjährigen vollstreckt, und im letzten Jahr wurde ein Mann trotz nachweislicher Unschuld getötet, weil sein Anwalt die Frist für den entscheidenden Antrag um einen Tag überschritten hatte.

An der Hinrichtung Mumia Abu-Jamals hat die Reaktion, so scheint es, ein über das allgemeine Maß noch hinausgehendes politisches Interesse entwickelt. Sein Anwalt und Unterstützungsgruppen in der BRD berichten über eine regelrechte Kampagne, die hauptsächlich von einer reaktionären Polizeigewerkschaft getragen und von den Medien aufgegriffen wird und seine Tötung fordert. Schon der Prozeß vor gut 13 Jahren war eine einzige Abrechnung mit einem afroamerikanischen Oppositionellen, einem ehemaligem Black-Panther-Mitglied und scharfen Kritiker des staatlichen Rassismus. Wir haben in dieser Zeitschrift mehrfach berichtet, daß Mumia Abu-Jamal in diesem Verfahren keine Aussicht hatte, daß die beschworenen Jury nach rassistischen Kriterien ausgewählt und manipuliert wurde, Entlastungszeugen unter Druck gesetzt wurden, entlastendes Beweismaterial zurückgehalten wurde etc. Weil er auch nach seiner Verurteilung um Tode nicht geschwiegen, aus seiner Zelle heraus sich öffentlich zu Wort gemeldet und den Kampf gegen Rassismus und Todesstrafe weiterge-

führt hat, hat er sich den besonderen Haß der Reaktionäre zugezogen.

Trotz dieser schwierigen Situation ist es möglich, die Hinrichtung zu verhindern. Am 5. Juni hat der Anwalt Leon Weinglass einen Wiederaufnahmeantrag mit 300seitiger Begründung gestellt, in dem detailliert nachgewiesen wird, daß Mumia kein faires Verfahren hatte. Gleichzeitig wurde Antrag auf Aussetzung des Hinrichtungsbefehls gestellt und ein Befangenheitsantrag gegen Richter Albert Sabo, der Mumia zum Tode verurteilt hatte und jetzt über die Anträge entscheidet.

Ob der juristische Weg Erfolg hat, hängt in großem Maße davon ab, ob es gelingt, in den USA selbst, aber auch hierzulande öffentlichen Protest gegen die unmenschliche Todesstrafe und die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal zu mobilisieren. In den USA fanden in den letzten Tagen mehrere Demonstrationen statt, in der BRD gelang es in einigen Städten, Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen. Die Unterstützungsgruppen fordern dringend

auf, Protestschreiben an den Gouverneur und Richter Sabao zu schicken. — (scc)

Judge Albert Sabo, Tel: 001-215-686-5100, Fax: 001-215-563-1623.

Governor of Pennsylvania, Mr. Thomas Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 16652, USA, Fax: 001-717-783-3369.

Unterstützungsgruppen in der BRD: Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen, 65195 Wiesbaden, Fax (06 11) 30 20 83.

Kampagne „Mumia Abu-Jamal“, c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen, Fax (04 21) 35 39 18.

**Auf Seite 14/15:
Prof. Uwe-Jens-Heuer
zur PDS-Diskussion**



AGRI-VERLAG KÖLN

15 Tonnen kurdische Bücher beschlagnahmt

Etwa 30 Polizisten besetzten am 1. Juni morgens um 9 Uhr die Geschäftsräume des Kölner Agri-Verlags. Nach einer vierstündigen Durchsuchung wurde der Verlag geschlossen, die Polizei beschlagnahmte 15 Tonnen Bücher, Zeitschriften und Kassetten. Seitdem ist der Verlag geschlossen — von der Bundesanwaltschaft aus offen politischen Gründen, von der Kölner Gewerbeaufsicht unter bürokratischen Vorwänden auch gewerberechtlich.

Vorwand der Durchsuchung seitens der Bundesanwaltschaft war, der Agri-Verlag, der seit fast 15 Jahren kurdische Vereine und Einrichtungen in der Bundesrepublik mit kurdischer Literatur beliefert, insbesondere zum kurdischen Befreiungskampf, vertreibt Material über den 5. Parteikongreß der PKK. Bis Redaktionsschluß war nicht aufzuklären, wieso das die Beschlagnahme des gesamten Literaturlagers des Verlags rechtfertigen soll. Auch die Vorwände für die gewerberechtliche Schließung des Verlags blieben im Dunkeln.

Ein Sprecher des Verlags, Edip Polat, protestierte in einer ersten Stellungnahme: „Dieser Angriff des deutschen Staates erinnert mich an die Bücherverbrennungen des Hitlerfaschismus. Wir publizieren und vertreiben verschiedene Bücher, Broschüren, Kassetten etc. mit dem Ziel, das kurdische Volk zu informieren, aufzuklären und zu bilden ... Das ist ein Angriff auf die Informations- und Meinungsfreiheit ... damit wendet der deutsche Staat die gleichen Methoden an wie der türkische.“

Mit dem Angriff auf den Verlag hat die Welle der staatlichen Attacken auf kurdische Einrichtungen in der BRD eine neue Stufe erreicht. Wenn kurdische Literatur nun auch in der BRD verboten und beschlagnahmt wird, wo sonst sollen die Kurdinnen und Kurden dann künftig noch Literatur in ihrer Sprache und über ihre Angelegenheiten erhalten können? Entsprechend heftig waren die Proteste gegen die Schließung des Verlags auf Seiten der Kurden. Bundesweit protestierten Kurdinnen und Kurden gegen die Schließung. Eine Protestaktion vor dem Verlag am folgenden Tag führte zu schweren Ausschreitungen seitens der Polizei: Fast 400 Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen, mehr als 20 Personen, darunter Frauen und Kinder, mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die Kölner Grünen, die ERNK-Europaorganisation und die Informationsstelle Kurdistan in Bonn haben gegen die Schließung des Verlags und die brutalen Polizeiübergriffe bereits protestiert. Die Kölner Grünen verlangten, daß „die Bundesregierung ihre Haltung zur Kurdenfrage ändern und auf die Beteiligung am Krieg der Türkei gegen das kurdische Volk verzichten“ solle, und: „Die Verbote von kurdischen Organisationen müssen aufgehoben werden.“

Quelle: „Kurdistan-Rundbrief“ — (rül)



Mit hartnäckigen Streiks wehren sich vor allem Frauen gegen ihre Niedriglöhne im Einzelhandel, in der Süßwaren- und der Textilindustrie. Bei Redaktionsschluß hatten die 4000 Streikenden in der Süßwarenindustrie in den neuen Bundesländern einen bedeutenden Erfolg erzielt: Nach mehrwöchigen Streiks stimmten die Kapitalisten einer Angleichung der Löhne im Osten an die West-Tarife bis Ende 1998 zu. Für Frauen in den unteren Lohngruppen erhöhen sich schon vorher die Entgelte in den nächsten 12 Monaten in 3 Raten um 276 bis 314 DM. (Bericht über den Süßwarenstreik auf Seite 11, über die Streiks im Einzelhandel Seite 9) — (rül)

Intrigen gegen die tschechische Souveränität

Der Bundestag diskutierte über „Heimatvertriebene“ und Kohls Regierungserklärung

Die Feierlichkeiten zum 8. Mai, dem 50. Jahrestag der Befreiung, waren noch nicht beendet, da kündigte Bundeskanzler Kohl eine Regierungserklärung zur Politik der „deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau Deutschlands“ an. Die Erklärung folgte dann am 1. Juni in einer außerordentlichen Bundestagsdebatte.

Der Kanzler hatte die Debatte angesetzt, um die ideologische Schlappe, die das rechte Lager am 8. Mai erlitten hatte, wettzumachen. Dregger und andere Rechte, darunter zahlreiche Faschisten, hatten es mit ihrem Aufruf „Gegen das Vergessen“ zu weit getrieben. Man konnte also gespannt sein, was Kohl im Schilde führte, da zu dem anberaumten Zeitpunkt das Bundestreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft bevorstand und Verhandlungen mit der tschechischen Regierung stattfinden mit dem Ziel, die Tschechische Republik zu einer von der BRD abhängigen Macht zu machen.

Kohl eröffnete die Debatte mit einer scheinbar zurückhaltenden Erklärung. Ihm ging es um zwei Sachen:

— Erstens: Zweifel an der Politik der Vertriebenenverbände ausräumen. Zu Beginn sprach er zwar davon, „daß die erste Ursache jener Tragödie (d. Vertriebung, d. Red.) im 30. Januar zu suchen ist“. Dann machte er aber keinen Hehl daraus, worum es ihm wirklich ging: nämlich all jenen entgegenzutreten, die im „Leid der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge einen Akt kleinlicher Aufrechnung oder gar einen Ausdruck von Revanchismus sehen wollen.“ Dann lobte er die Führungspersönlichkeiten der Vertriebenenorganisationen.

— Zweitens wollte Kohl wissen, ob sich die SPD nach dem 8. Mai in der Opposition neu orientiert. Deshalb bezog er sich in seiner Rede mehrfach auf Willy Brandt und Kurt Schumacher.

Kohl bezog sich positiv auf die Stuttgarter Charta der Vertriebenenverbände von 1950. Er stellte sie als wichtiges europäisches Dokument dar, obwohl diese Erklärung offen revanchi-

stisch und Ausdruck des kalten Krieges ist. Kohl will die Vertriebenenorganisationen in sein europäisches Politikkonzept einbauen.

Daß die Regierung keineswegs ihre Politik ändern will, sondern ihre „Truppen“ neu aufstellt, wurde bei der Rede von Schäuble deutlicher: „Gerade die Heimatvertriebenen sind berufen, Brücken zu unseren Nachbarn im Osten zu bauen und Botschafter der Verständigung und der Aussöhnung zu sein. Für eine Zukunft des Friedens in Europa ist die Lage der Volksgruppen und Minderheiten von entscheidender Bedeutung.

Dokumentiert: PDS-Antrag

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Stiftung zur Entschädigung von tschechischen Opfern der NS-Diktatur einzurichten und hierfür angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Stiftung sollte auch Mittel bereithalten für Möglichkeiten der Begegnung von Deutschen und Tschechen, insbesondere für den Jugendaustausch.
2. Der Bundestag greift den Vorschlag des Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, auf, in einer gemeinsamen Erklärung der Parlamente beider Länder jene Probleme aus dem Weg zu räumen, die die bilateralen Beziehungen nach wie vor belasten. Eine solche Erklärung muß den eindeutigen Verzicht auf jegliche Forderungen beinhalten, die nach den „Benes-Dekreten“ vorgenommenen Enteignungen von Sudetendeutschen rückgängig zu machen und diesen ein kollektives Rückkehrrecht zu gewähren.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Sudetendeutschen Landsmannschaft sofort alle Mittel aus dem Bundeshaushalt zu sperren, solange sich die Landsmannschaft nicht offen von Kräften, die eine antisemitische, revanchistische und rechtsextreme Politik betreiben, wie dem „Witiko-bund“ (der nationalen Gessinnungsgemeinschaft in der SL), abgrenzt. (Bundestagsdrucksache 13/1536)

Wir betrachten Minderheiten in Europa heute fast überall als Brücke zu unseren Nachbarn.“

Die Brücke, oder besser der Brückenkopf hat es Schäuble schon angetan. Mit einer behutsamen und gezielten wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Förderung will die Bundesregierung sich in andere Länder einmischen, nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Wenn Schäuble jetzt davon spricht: „Wir wollen in Europa nicht mehr den Verlauf der Grenzen ändern, sondern wir wollen die trennende Wirkung von Grenzen beseitigen“, so muß

man feststellen, daß die Regierung zugeibt, daß sie die Grenzen ändern wollte, es ist ihr ja auch gelungen. Jetzt will sie die deutschen Minderheiten in Europa fördern mit dem Ziel, „daß unsere Landsleute auch weiter in ihrer angestammten Heimat verbleiben können“. Der Gedanke der Kolonisierung des Ostens ist also nicht aufgegeben: „Der europäische Weg ist der Weg zur Rückkehr der rückkehrwilligen Deutschen in ihre alte Heimat.“

Auffällig war, daß die CDU/CSU keinen Vertriebenenfunktionär sprechen ließ. Dafür erhob Edmund Stoiber

ziehungen nach wie vor belasten. Eine solche Erklärung muß den eindeutigen Verzicht auf jegliche Forderungen beinhalten, die nach den „Benes-Dekreten“ vorgenommenen Enteignungen von Sudetendeutschen rückgängig zu machen und diesen ein kollektives Rückkehrrecht zu gewähren. 3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Sudetendeutschen Landsmannschaft sofort alle Mittel aus dem Bundeshaushalt zu sperren, solange sich die Landsmannschaft nicht offen von Kräften, die eine antisemitische, revanchistische und rechtsextreme Politik betreiben, wie dem „Witiko-bund“ (der nationalen Gessinnungsgemeinschaft in der SL), abgrenzt. (Bundestagsdrucksache 13/1536)

von der CSU wieder die bekannte Forderung nach „Heimatrecht für Sudetendeutsche“. Aber auch er schlug eine aggressive Politik auf sanften Pfoten ein, als er einen Versöhnungsfonds vorschlug für die Opfer der NS-Diktatur und für Menschen, die nach dem 2. Weltkrieg umgesiedelt wurden. Mit Tschechien müsse aber auch über die Benes-Dekrete verhandelt werden. Die Absicht ist klar: Die tschechische Verfassungsrechtsprechung soll ausgehebelt und die staatliche Souveränität Tschechiens unterminiert werden.

Der Widerstand von SPD und Grünen

war schwach. Peter Glotz forderte „laßt uns die beiden Themen voneinander trennen“, lobte die Politik der Vertriebenenorganisationen und schlug eine Nacheinander vor. Die reaktionäre Verknüpfung von Wiedergutmachung für tschechische Opfer der deutschen NS-Verbrechen und Wiedergutmachung für aus der Tschechei ausgesiedelte Deutsche soll also bleiben. Erst müsse die Bundesregierung die Tschechen entschädigen, die in Konzentrationslagern und Zuchthäusern gesessen haben. Als zweiter Schritt müsse ein Dialog einsetzen mit dem Ziel einer Stiftung, die auch „für die Opfer der sogenannten wilden Vertreibung im Sommer 1945 Entschädigungen vorsieht“. Dies ist keine prinzipielle Kritik der Regierungspolitik, sondern nur ein anderer Weg, auf den sich die Regierung zur Nacheinlassen kann.

Auch die Grünen wollen die Strategie der Union nicht durchkreuzen. Antje Vollmer vergaß ehemalige Forderungen der Grünen, z.B. nach der Streichung der Gelder für die Vertriebenenverbände. Dagegen trieb Ulla Jelpke (PDS) CDU-Abgeordnete auf die Palme und enthüllte, daß die Regierung befürchtet, daß die Vertriebenenorganisationen die geheimen Verhandlungen mit der tschechischen Regierung stören könnten: „Sie wissen sehr wohl, daß die Vertriebenenverbände sind, die mit ihren markigen Forderungen und Parolen die Verständigung in Europa torpedieren und die Regierungen und Bevölkerung unserer Nachbarstaaten beschimpfen.“

Sie griff die offen neofaschistische Politik von Funktionären der Vertriebenenverbände und deren Zeitung an, die in vielen Fällen mit staatlichen Geldern gefördert werden. Von einigen Abgeordneten der Grünen bekam Beifall, nicht von der SPD.

Der PDS-Antrag (Kasten) wurde den Auswärtigen Ausschuss verwiesen. Quellen: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 41. Sitzung, 1. Juni 1995; Antifaschistische Nachrichten div. Ausgaben. — (jöd)

AKTUELL IN BONN

Kohl und Konzerne in Nahost

Die deutschen Konzerne haben die Nahostreise des Kanzlers genutzt, um ihre Position im Nahen Osten weiter auszubauen. Der Daimler-Benz-Konzern werde seinen Umsatz in Israel von jetzt 400 Millionen DM in zwei bis drei Jahren verdoppelt, verkündete Daimler-Sprecher Kleinert. Dabei geht es u.a. um Verkehrs- und Kraftwerksprojekte, zum Teil zusammen mit ABB. Noch spektakulärer steigt VW ein: Für 800 Millionen DM will der Konzern gemeinsam mit einer israelischen Firma ein Magnesium-Werk errichten lassen, in dem bis zu 50000 Tonnen Magnesium im Jahr erstellt werden sollen, von denen 45000 Tonnen von VW gekauft werden.

Kurden: SPD auf Regierungskurs

Die SPD ist in der Frage der Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden voll auf Regierungskurs eingeschwenkt. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke berichtet: „Am 31. Mai 1995 lehnte der Innenausschuß einen Antrag der PDS ab, der einen zeitlich unbefristeten Abschiebestopp für KurdInnen forderte. Desgleichen wurde gegen einen Antrag der Bündnisgrünen gestimmt, die den Abschiebestopp auf ein

Jahr begrenzen wollten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten gehen inzwischen von einer „neuen Situation“ aus. Ohne daß sich die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gebessert hätten, plädieren sie nun nicht mehr für einen generellen Abschiebestopp, sondern für eine Einzelfallprüfung entsprechend der ohnehin gültigen Rechtslage.“ Am 12. Juni läuft der Abschiebestopp der SPD-Länder aus. Jelpke: „Die SPD hat ohne Not darauf verzichtet, der herrschenden abschiebewütigen Regierungspolitik zumindest symbolisch ein Zeichen der Vernunft entgegenzusetzen.“

2400 Tonnen Uran „ungeklärt“

Der Verbleib von 2400 Tonnen Uran aus deutschen Kernkraftwerken ist nach Auskunft der Bundesregierung „ungeklärt“. Der umweltpolitische Sprecher der PDS, Rolf Köhne, hatte vor Wochen nach dem Verbleib von Uran gefragt, das von deutschen Atomkraftwerken ins Ausland zur „Aufarbeitung“ geliefert wurde. Am 31. Mai antwortete die Bundesregierung: „Ein Großteil des deutschen Energieversorgungsunternehmens zugeordneten WAU (wiederangereichertes Uran, d. Red.) wurde unter Beteiligung der EURA-

TOM-Versorgungsagentur verkauft. Über die näheren Umstände der Veräußerung liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.“ Der Abgeordnete kritisierte die Antwort als „skandalös“: Alle Energieversorgungsunternehmen müßten über den Verbleib abgebrannter Brennelemente gegenüber den Behörden einen genauen Nachweis führen. Dies gelte offenbar nicht für wiederaufgearbeitetes Uran. In Anspielung auf den Plutonium-Handel des BND ergänzte Köhne: „Offensichtlich macht die Bundesregierung beim Aufspüren von mehreren tausend Tonnen WAUs oder 363,4 Gramm Plutonium gravierende Unterschiede.“

Bosnien: In 4 Wochen Einsatz?

Noch vor der Sommerpause will die Bundesregierung einen Beschluß des Bundestages für den Bundeswehrein-satz auf dem Balkan haben. Am 13. Juni will das Bundeskabinett darüber beraten, welche Einheiten auf den Balkan sollen, berichtet das Handelsblatt. Etwa vier Wochen nach dieser Entscheidung, die der Bundestag bestätigen soll, seien dann die Bundeswehreinheiten „vor Ort einsatzbereit“. Auch der außenpolitische Sprecher der SPD, Karsten Voigt, ist bedenkenlos für den Ein-

satz. Lediglich Bodentruppen wollen man nicht einsetzen, verlautet aus dem Verteidigungsministerium. Luftwaffe, Marine, Sanitätseinheiten des Heeres sollen zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder in Europa zum Einsatz kommen.

Was kommt demnächst?

Vom 15. bis 17. Juni tagt in Halifax, Kanada, der Weltwirtschaftsgipfel. Am 21. Juni berät der Bundestag u.a. über das Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung sowie über einen SPD-Antrag für ein „Arbeits- und Strukturförderungsgesetz“. Dabei werden auch Anträge von Bündnis 90/Die Grünen um PDS gegen Arbeitslosigkeit und Armutsberaten. Am gleichen Tag soll noch über die Bildung einer „Enquetekommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ beraten werden, den die Grünen gemeinsam mit CDU/CSU und F.D.P. eingebracht haben, sowie über die Vorbereitungen zur Maastricht-Folgekonferenz. Am späten Abend soll dann noch über den Datenschutzberichteraten werden und über ein von der PDS eingebrachtes „Antirassismengesetz“. Am 22. Juni soll über den Ozon-smog beraten werden. Am 26./27. Juni tagt in Cannes der nächste EU-Gipfel.

Sozialhilfereform contra Tarifrechte

Am 22. Juni berät Seehofer erstmals mit Verbänden über seine „Sozialhilfereform“

Für den 22. Juni hat CSU-Minister Seehofer erstmals Verbände zur Beratung über seine vor Wochen vorgelegten „Eckpunkte zur Sozialhilfereform“ (wir berichteten) geladen. Die Bundesregierung plant mit ihrer Reform einen großen Schritt voran bei der weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Ausweitung von Leiharbeit und der Zerstörung von Tarifrechten der Gewerkschaften. Wir dokumentieren Auszüge aus einem Artikel der Oldenburger Arbeitslosenzeitung „Siesta“: — (rül)

„Die Reform des Sozialhilferechts dient dem Ziel, auch weiterhin allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Deshalb wird es strukturelle Weiterentwicklungen mit Augenmaß geben, nicht aber lineare Kürzungen, auch nicht bei Familien mit Kindern. Niemand, der Leistungen der Sozialhilfe bekommt, muß sich dafür schämen. Sozialhilfe ist weder ein Almosen noch eine Sozialleistung 2. oder 3. Klasse. Sie ist ein soziales Recht in unserem hochentwickelten sozialen Netz, auf das Menschen in Notlagen Anspruch haben.“

Gegen diese Positionsbestimmung Seehofers scheint auf den ersten Blick nichts einzuwenden zu sein. Doch der Lufel steckt hinter den wohlfeilen Worten: Was ist in einer Gesellschaft, deren Bruttosozialprodukt sich von 1970 bis 1990 verdoppelt hat, ein „menschenwürdiges Leben“? Wenn es keine „linearen“ Kürzungen, also gleiche Kürzungen für alle, geben wird, welcher Art werden die Kürzungen dann sein, um „die Ausgaben in Schach halten“, um „die Ausgabensteigerung begrenzen“ zu können, wie Seehofer als Reformziel fordert? Wer entscheidet darüber, was eine „Notlage“ ist?

„Menschenwürde“ für Ausländer

Die Wahrheit ist immer konkret: Das Asylbewerberleistungsgesetz stellt bereits heute eine bestimmte Personengruppe außerhalb des Sozialhilferechts, rückt ihr pauschal die monatlichen Regelsatzleistungen, unterwirft sie dem „Sachleistungsprinzip“. Geht es nach Seehofer, so sollen zukünftig alle Asylbewerber, geduldeten Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge aus der Sozialhilfe hinaus und in das Sondergesetz mit verminderten Leistungen hinein. Sind das keine „linearen Kürzungen“, ist das keine Sozialleistung „3. Klasse“?

Die soziale Notlage des Ausländers — keine Erwerbstätigkeit, kein (ausreichendes) eigenes Einkommen — unterscheidet sich in nichts von der des Inländers mit deutschem Paß. Nur weil er den falschen Paß hat, führt seine „Notlage“ nicht zum gleichen „Anspruch“. Was im offiziellen Sprachgebrauch ein „menschenwürdiges Leben“ sichert, ist eine Staatsangehörigkeit sehr unterschiedlich bemessen.

An der „Menschenwürde“ darf manipuliert werden — so lautet die Botschaft des Asylbewerberleistungsgesetzes. Seehofers Reform soll das, was zukünftig als „menschenwürdiges Leben“ gilt, plastisch gestalten. (...)

Seehofers Grundsätze in Diskussion

Die öffentlichen Reaktionen auf die „Eckpunkte“ konzentrierten sich bisher auf das „Lohnabstandsgebot“ und die pauschale Regelkürzung bei Arbeitsverweigerung. Völlig unbeachtet bleiben andere Punkte. Daß Seehofer

nicht nur bei „eheähnlichen Gemeinschaften“, sondern auch bei Haushaltsgemeinschaften eine faktische „Unterhaltsverpflichtung“ einzuführen gedenkt, blieb außen vor. Gedacht ist daran, daß gegen in einem Haushalt lebende Personen seitens der Sozialämter eine generelle „Unterhaltsvermutung“ ausgesprochen werden kann, wobei die betroffenen Personen dann beweisen müssen, daß die Vermutung unzutreffend ist.

Unbeachtet blieb bisher auch die beabsichtigte weitgehendste Pauschalierung der einmaligen Leistungen, wodurch ebenfalls erhebliche Einspareffekte erzielt werden. Jeder Mensch, der Sozialhilfe erhält, kennt die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen den Ämtern dargelegt werden muß, daß etwa die Bekleidungs-pauschale nicht ausreicht oder ein darüber hinausgehender Bedarf besteht.

Gelobt wurde allenthalben die Absicht, Sozialhilfeempfängern einen angeblich verbesserten Zugang zu AFG-Maßnahmen zu verschaffen, doch nur die Städte und Gemeinden wiesen daraufhin, daß sie die Kosten tragen sollen. Sofern dann auch noch die Arbeitslosenhilfe befristet wird und die anschließende Abschiebung von etwa 300 000 Arbeitslosen in die Sozialhilfe stattfindet, werden die Kommunen kaum noch nennenswerte Beträge für die Finanzierung von AFG-Maßnahmen aufbringen können.

Große Koalition für „Arbeitsanreize“

Statt grundsätzlicher und konkreter Kritik an Seehofers Absichten findet eine öffentliche Neuinszenierung der „Sozialanten-Debatte“ statt, die diesmal in einer Großen Koalition von CSU bis SPD gegen die SozialhilfebezieherInnen zu münden droht. Denn im Grunde sind sich die großen Fraktionen einig: mehr Arbeitsförderung und „Arbeitsanreize“ für Sozialhilfeempfänger, mehr Strafen für Arbeitsverweigerer, gesicherter deutlicher Abstand zu den unteren Lohngruppen. Diese Prinzipien wurden bereits zuletzt 1993 mit Zustimmung der SPD ins Gesetz geschrieben, jetzt handelt es sich nur noch um ihre Ausgestaltung und Weiterentwicklung. Hier bestehen noch graduelle Unterschiede im Menschenbild und handfeste Interessengegensätze, wenn's ums Geld geht. Er sei dafür, posaunte IG-Chemie-Chef Rappe, daß jeder, der arbeiten kann, auch arbeiten müsse. Zuletzt sprang auch Gerhard Schröder auf den Zug: Klar müssen Arbeitsverweigerer bestraft werden, nur müsse man sich noch darauf einigen, was denn „zumutbare Arbeit“ sei.

Sozialhilfeempfänger, zumal arbeitslos, gelten, das hat die Regierungskoalition in den letzten Jahren an öffentlicher Stimmungsmache geschafft, dem Grunde nach als faul, müßiggängerisch, arbeitsentwöhnt: Wie die Maden im Speck hocken sie im sozialen Netz und haben auch gar keinen Grund, einer ge-

regelten Arbeit nachzugehen, weil die Sozialhilfe sowieso über den Löhnen liegt. Inzwischen entwickeln so manche brave Steuerzahler regelrechten Haß gegen „diese Sozialschmarotzer, die von unserem Geld leben“. Umfragen zufolge hat Seehofer eine Mehrheit im Volk für seine Pläne. (...)

Wo, bitteschön, sind die „zumutbaren Arbeiten“, die Sozialhilfeempfänger tatsächlich verweigern? Wo sind die „zumutbaren Arbeiten“, die Sozialämter überhaupt anbieten können? Die einzig zumutbaren Arbeiten der Sozial-



DGB-Demonstration gegen Sozialabbau Foto: af/mz

ämter sind die § 19 BSHG-Arbeiten mit Arbeitsverträgen: sozialversicherungs-pflichtig, arbeitsrechtlich geschützt, tariflich gebunden (wenn auch mancher Tarif unter allem Niveau ist). Nach Auskunft der Städte und Gemeinden, die es ja nun wissen müssen, finden hier Arbeitsablehnungen so gut wie gar nicht statt. Dieser Sektor wird aber nicht massiv ausgebaut werden. Andere zumutbare Arbeiten kann das Sozialamt aber gar nicht anbieten — es sei denn, die Pflichtarbeiten mit Aufwandsentschädigung würden nun auch von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in den Rang der „Zumutbarkeit“ erhoben. Seehofers Pläne werden den Ausbau genau dieser Arbeiten fördern ...

Was dann noch an Zumutungen bleibt, sind unzumutbare Arbeiten im „1. Arbeitsmarkt“: Leiharbeit, Saisonarbeiten, geringfügige Beschäftigungen. Die können Sozialämter natürlich nicht selbst anbieten. Die Ämter können die Sozialhilfeempfänger nur dazu nötigen, sich auch um solche Arbeiten „zu bemühen“ — auf deutsch: Bewerbungszwang. Wer nicht genügend Bewerbungen je Woche/Monat vorlegen kann, dem wird die Sozialhilfe gekürzt. Sozialhilferechtlich fällt unter Verweigerung zumutbarer Arbeit auch, sich „nicht ausreichend“ um geringfügige Jobs, Leiharbeit usw. „bemüht“ zu haben, unabhängig von Qualifikation, Arbeitszeit, Arbeitslohn usw. Wenn es den Ämtern nun erleichtert werden soll, „Arbeitsverweigerer“ mit einer 25%igen Kürzung zu bestrafen, dann geht es gerade um die „unzureichenden Bemü-

hungen“ in solche Jobs. Denn Fakt ist nun mal, daß angesichts der vorhandenen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung 6 bis 7 Millionen ausreichend bezahlte Arbeitsplätze schlicht und ergreifend fehlen.

Als Alibi werden die Arbeitsgenehmigungen für etwa 200 000 Ausländer aus Staaten außerhalb der EU angeführt. (Seehofer spricht immer von 800 000 bis 1,2 Mio. Dabei handelt es sich um eine Jahressumme, da eine Genehmigung in der Regel für drei, maximal sechs Monate erteilt wird.) Gemeint wird, die deutschen Sozialhilfeempfänger seien sich zu gut für diese Arbeiten. Doch damit stehen die Verhältnisse kopf: Es sind doch deutsche (!!) Arbeitgeber, die so beschissene Arbeiten anbieten. Daß Ausländer eher bereit zu solchen Arbeiten sind, hat ganz entscheidend damit zu tun, daß ihnen noch größerer Haß entgegenschlägt, wenn sie nicht arbeiten und „nur Sozialleistungen abkassieren“, und damit, daß sich solche Arbeiten nur dann „lohnend“, wenn man nur vorübergehend in Deutschland ist wie polnische Saisonarbeiter, denn längerfristig hier leben kann man von dem Lohn ganz und gar nicht.

Die Diskussion „Arbeit für Sozialhilfe(empfängerInnen)“ richtet sich gegen einfache, grundlegende Prinzipien: Keine Arbeit ohne Arbeitsvertrag; Keine Arbeit ohne sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz; Keine Arbeit, von deren Lohn man nicht leben kann. (...)

Große Koalition für Lohnabstand

Zu erwarten ist, daß an der Frage dessen, was „zumutbare Arbeit“ ist und ob bei ihrer Ablehnung automatisch, d.h. ohne Einzelfallprüfung, eine Kürzung eintreten muß, die CDU-Regierung der SPD entgegenkommen wird. Von SPD-Seite wurde gleichzeitig wieder einmal die alte Forderung von CDU-Albrecht (Vorgänger von Gerhard Schröder) ausgegraben, daß der Bund 50% der Sozialhilfekosten übernehmen solle, weil die Kommunen nicht allein für die Unterstützung Arbeitsloser aufkommen dürften. Hierbei handelt es sich aber lediglich um Scheingefechte, die die Position von Ländern und Gemeinden in den Verhandlungen über die Neuordnung der Kommunal Finanzen (Abschaffung der Gewerbesteuer usw.) stärken sollen. (...)

Über das Kernstück der Seehofer'schen Reform, die Anbindung der Regelsätze an die Nettolohnentwicklung, die endgültige Verabschiedung des Bedarfsprinzips und die Festschreibung eines relativen „Lohnabstandes“ herrscht bereits Einigkeit mit dem SPD-„Sozialexperten“ Dreßler. Kritiker des zukünftigen Nettolohnprinzips kommen noch aus den Wohlfahrtsverbänden und Initiativen. (...)

Seehofer will ab 1996 einen Abstand von 15% zwischen dem Einkommen von Fünf-Personen-Haushalten mit unterem Lohn Einkommen und solchen mit Sozialhilfe. Schon dieser Vergleich ist höchst spärlich: Fünf-Personen-Haushalte sind in der Sozialhilfe nur eine verschwindende Minderheit. Wird aber für sie der „Lohnabstand“ berechnet und davon ausgehend die Obergrenze der einzelnen Regelsätze festgelegt, sind deutliche Schlechterstellungen kleinerer Haushalte nicht auszuschließen. (...)

— (hk, „Siesta“, Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, Nr. 24., aus: CL-Netz, gekürzt, Zwischenüberschriften v. d. Red.)

„Germanisierung Tschechiens“

Vernichtungskonkurrenz und kolonisierende Investitionen

Als „Germanisierung“ Tschechiens“ charakterisierte Anfang des Jahres *Die Welt* die Expansion der deutschen Wirtschaft ins östliche Nachbarland (7.1.).

Die zunehmend dominierende Rolle deutscher Konzerne in der Tschechischen Republik drückt sich in nackten Zahlen so aus: Die BRD liegt mit 800 Mio. US-\$ oder 30 % (Juni 1994) mit Abstand an der Spitze der ausländischen Direktinvestitionen, vor den USA (mit 600 Mio.) und Frankreich (300 Mio.). Auch der tschechische Außenhandel konzentriert sich bei den Importen und Exporten zu 25 bis 30 % auf die BRD (Gesamtumfang über 11 Mrd. DM bei einem Handelsbilanzüberschuß der BRD von 1,2 Mrd. DM in 1994).

Auf den ersten Blick scheint die Tschechische Republik den Übergang von der realsozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ (wie Ministerpräsident Klaus das Konzept eines „europäischen Niedriglohnlandes“ auch bezeichnet) und die Trennung von der Slowakei ohne nachhaltigen Einbruch geschafft zu haben. Die deutsche Wirtschaftspresse bezeichnet sie gern als „Musterlände“ unter den östlichen „Reformländern“. Das Bruttosozialprodukt, das in den Jahren 1991/92 um mehr als ein Fünftel schrumpfte, nahm 1994 wieder zu. Der Staatshaushalt sei ausgeglichen, die Inflationsrate von über 20 % 1993 auf rund 10 % gedrückt worden, die Arbeitslosigkeit mit amtlich unter 4 % vergleichsweise niedrig, die Privatisierung zu über 80 % erfolgreich abgeschlossen. Sollte die Ausrichtung auf den Weltmarkt, die Durchdringung durch deutsche und andere imperialistische Konzerne die Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung bieten?

Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, daß die Umstrukturierung der tschechischen Wirtschaft ziemlich dramatische Folgen hat. Die industrielle Produktion ist drastisch zurückgegan-

gen und liegt mehr als ein Drittel niedriger als 1991. Vor allem die Großindustrie liegt ohne Aussicht auf Erholung darnieder, der Maschinenbau etwa, früher von hervorragender Bedeutung, befindet sich auf anhaltend rasanter Talfahrt. Die Landwirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Der vielbeschworene Aufschwung geht fast ausschließlich auf die Herausbildung eines Dienstleistungsbereichs zurück. Die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen ehemaligen RGW-Staaten sind weitgehend zerstört. Davon ist auch die Slowakei nicht ausgenommen: Der Handel mit ihr ist nach dem Zerbrechen der Tschechoslowakei stark rückläufig und erreicht 1994 nicht einmal mehr zwei Drittel vom Umfang des Handels mit der BRD. (Wobei im übrigen erwähnt werden muß, daß im Handel mit der BRD die alten Beziehungen zur DDR kaum noch eine Rolle spielen.)

Die Umorientierung auf die imperialistische Arbeitsteilung wird die Tschechische Republik schon in den nächsten Jahren teuer bezahlen müssen.

Die Struktur der imperialistischen und gerade der deutschen Expansion Richtung Osten ist eindeutig durch Vernichtungskonkurrenz bestimmt. Es geht um Zerstörung der inneren Märkte, um kolonisierende Investitionen.

Das zeigt das Beispiel der tschechischen Autoindustrie (Skoda), bis in die 80er Jahre neben der DDR-Autoindustrie die einzige in den RGW-Ländern mit eigenständiger Grundlage. Im März 1991 kaufte sich VW mit 31 % in die neue Gesellschaft Skoda Auto ein (69 % lagen beim tschechischen Staat). Seit Ende 1994 beträgt der VW-Anteil nun 60,3 %, bis Ende 1995 steigt er vereinbarungsgemäß auf 70 %. Die de-facto-Übernahme von Skoda durch VW hatte weitreichende Konsequenzen für die Selbständigkeit der tschechischen Automobilindustrie. VW verzichtete auf die Motorenfertigung zugunsten von Motorenmontage und schuf damit eine wichtige Ab-

hängigkeit von Importen. Die Produktion wurde zudem weitgehend auf den Export ausgerichtet. Wurden 1990 von 188 000 produzierten Einheiten 123 000 im Lande verkauft, also 65 %, waren es 1993 nur noch 36,4 % (80 000 von 220 000); fast zwei Drittel wurden exportiert. Im Sog von VW griffen andere Konzerne auf die tschechische Zulieferindustrie zu, u.a. VW selbst, Bosch und die Mannesmann-Tochter VDO Adolf Schindling. 18 der 50 umsatzstärksten Lieferanten waren schon bis Mitte 1993 Joint Ventures. Darüber hinaus verdrängten Zulieferer aus der BRD wie Preussag und Pierburg ihre tschechischen Konkurrenten. Insgesamt kann man davon sprechen, daß die tschechische Autoproduktion zu Niedrigstlöhnen zwar für den VW-Konzern im Kampf um den Automobilweltmarkt eine Rolle spielt, daß sie als bedeutsamer Faktor einer unabhängigen Wirtschaftsentwicklung Tschechiens jedoch ausgeschaltet ist.

Das Beispiel VW wirft zugleich ein Licht auf den Charakter der Handelsbeziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der BRD. Die nüchternen Zahlen lassen zwar eine enorme Ausweitung des Handels in beide Richtungen erkennen — sagen aber noch wenig über die Art der wirtschaftlichen Verflechtung aus. Die BRD exportiert im wesentlichen sog. Investitionsgüter. Die deutschen Konzerne haben damit nicht nur einen neuen Absatzmarkt gewonnen, nicht nur tschechische Konkurrenten aus dem Feld geschlagen; sie herrschen damit zugleich zunehmend den verschiedenen Produktionszweigen deutsche technische Maßstäbe und Normen auf, zerstören die kulturelle Unabhängigkeit Tschechiens.

Umgekehrt sind die tschechischen Exporte in die BRD „durch Lohnveredlung und Zulieferungen geprägt“ (*Handelsblatt*, 11.3.94). Deutsche metallverarbeitende Betriebe, Autozulieferer, Möbelhersteller, Bekleidungsunternehmen und Elektrobetriebe vor al-

lem lassen massenhaft in Tschechien produzieren — die Löhne lagen 1994 hi umgerechnet zwischen 300 und 400 D (und damit real immer noch unter dem Niveau von 1990). Die Zeitschrift *Textilwirtschaft* etwa schwärmte, wie günstig, noch jedenfalls, die osteuropäischen Länder als „Nähstube“ seien (16.6.94). Tatsächlich entfallen in der tschechischen Bekleidungsindustrie deren Produkte vormals zu 80 % im Lande verkauft wurden, inzwischen 71 % des Umsatzes auf „passive Lohnveredelung“, sprich Auftragsarbeiten für ausländische, meist deutsche Unternehmen.

Aber nicht nur die Niedriglöhne machen die Tschechische Republik a „verlängerte Werkbank“ für das deutsche Kapital so profitabel. Infolge der völligen Unterbewertung der tschechischen Krone sind die Zulieferungen noch einmal verbilligt, findet ein ständiger Wertabfluß in die BRD und andere westliche Länder statt.

Inzwischen scheinen sich jedoch die wehrkräfte gegen die Expansion der deutschen Wirtschaft zu formieren. „Gerade den Deutschen werde zunehmend auch mit Abneigung, sogar Haß begegnet“, verweist jedenfalls *Die Welt* (7.1.95) auf Besorgnis in deutschen Diplomatenkreisen. Die Furcht vor einem Ausverkauf des Landes und der schlechenden Eroberung sei „ein starker politischer Faktor“. Andere Zeitungsberichte bestätigen das. Deutsche Manager, zur Leitung der Produktion in der Tschechischen Republik eingesetzt, klagen zunehmend über Widerstände der „tschechischen Personals“. — (sc)

Quellen: Harald Zschiedrich, *Vom Absatzmarkt zum Kooperationspartner* ... in: *Osteuropa-Wirtschaft* 4/94; Christian Schömer und Rolf Herkenhoff, *Technologietransfer nach Osteuropa (am Beispiel der Automobilindustrie)*, in: *Osteuropa-Wirtschaft* 3/94; Deutsche Bank Research, *div. Osteuropa-Themen*

Vorfahrt für Arbeit und Menschlichkeit

Gewerkschaften diskutieren mit Industrie und Politik über die Datenautobahn

Von Ulrike Küstle

Multi-Media gestalten — Vorfahrt für Arbeit und Menschlichkeit“ überschrieben die IG Medien und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) ihre Fachtagung am 1. und 2. Juni in Frankfurt. Kurt van Haaren, Vorsitzender der DPG: Es dürften nicht „die gleichen schweren Fehler wiederholt (werden), wie sie in den letzten Jahren bei nahezu allen Großtechnologien begangen wurden“. „Statt sich um gesellschaftliche, soziale und kulturelle Akzeptanz zu bemühen, werden allein die gewinnwirtschaftlichen Interessen zur Triebfeder.“ Detlef Hensche, IG-Medien-Vorsitzender, forderte in seinem Schlußwort, das Leitbild für die Gestaltung der Informationsgesellschaft müsse ein emanzipatorisches sein. Die herkömmlichen Mittel reichten zur Bewältigung der globalen Probleme nicht mehr aus, ein Schlüssel zur Lösung liege in der (demokratischen) Verfassung der Informationsstrukturen.

Zwischen van Haarens Eingangsstatement und Henschens Visionen diskutierten ca. 300 Gewerkschafts- und DGB-Bundesvorstände, Journalisten, Rundfunk-, Film- und Fernsehbeschäftigte, Betriebsratsmitglieder aus Druckbetrieben, Kommunikationsfachleute der Telekom und der Indu-

strie, Medienexperten der Bundestagsparteien und des Europaparlaments, Manager großer Medienkonzerne und Vertreter des Bonner Wissenschaftsministeriums. Der Ansatz war, wie's im DGB und in der SPD Mode ist, Diskurs zwischen Industrie, Gewerkschaft und Politik; das brachte finanzielle Unterstützung, aber auch recht interessante Erkenntnisse. (Problematisch wird das, wenn zwischen Finanznot der Gewerkschaften und sozialpartnerschaftlicher Verteidigung des Standortes Deutschland die gewerkschaftliche Interessenvertretung auf der Strecke bleibt.) Das Mammutprogramm wurde in vier Foren abgewickelt. Im Plenum des zweiten Tages wurden die wichtigsten Thesen der Foren zusammengefaßt und die gewerkschaftlichen Ansätze den Vorstellungen der Politiker und Industriemanager gegenübergestellt. Eine Podiumsdiskussion spitzte dies noch zu.

In ihrem „Memorandum zur Gestaltung der Informationsgesellschaft“, das IG Medien und DPG vorstellten, heißt es: „Weil die Informationsgesellschaft unser Leben grundlegend verändern wird und die Grundlage unserer Demokratie berührt, ist ein gesellschaftlicher Gestaltungsprozeß erforderlich.“ Die gemeinsamen Forderungen sind: unein-

geschränkter und finanziell erschwinglicher Zugang zu elektronischen Informationen, und zwar flächendeckend in Stadt und Land; Sicherung der Persönlichkeitsrechte (Datenschutz), des Jugend- und des Verbraucherschutzes; Sicherung von Urheberrechten; Einrichtung von Universaldiensten, d.h. begünstigter Zugang von Bibliotheken, Schulen, Universitäten, die ihre Informationsarchive der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung stellen sollen; Erhalt und Ausbau öffentlich-rechtlicher Informationsangebote für ein nichtkommerzielles Informations-, Kultur- und Unterhaltungsangebot; staatlich regulierter Wettbewerb auf dem Mediensektor (Konzentrationskontrolle); Zulassung und Absicherung nichtkommerzieller Medien. Zum letzten Punkt fehlen leider Details; das weckt die Sorge, daß wie bei der Einführung des privaten Rundfunks die alternativen Medien wenig unterstützt werden. Deutlich kritisierten die Gewerkschaften die falschen Versprechungen auf 10 Mio. Multimedia-Arbeitsplätze in der EU. Die Probleme durch neue Arbeitsformen wie (Tele-)Heimarbeit und Scheinselbständigkeit könnten gelöst werden; die Postgewerkschaft habe es auch geschafft, 30 000 Posthalter — lau-

ter Selbständige — lückenlos zu organisieren.

Telekom-Chef Sommer verlangte die Politik solle sich nicht einmischen, es solle möglichst wenig reglementiert werden. Er vertrat offensiv die Managementphilosophie: „Was den Menschen nützt, nützt dem Unternehmen“ und „Wir wollen Wettbewerber, an denen wir uns mit Stolz messen können“ und „Die Hauptaufgabe ist, den Stand der Deutschland zu sichern“.

Hensche sagte, das Fachforum hat spät, aber nicht zu spät stattgefunden. Tatsächlich hat vier Tage später, am 1. Juni, Bundesminister Bötsch den Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes vorgestellt. Sein Ziel ist die „Befreiung der Telekommunikation“ durch Aufhebung des hoheitlichen Monopols für Telefonkommunikation und Netzinfrastuktur, Zulassung aller „fähigen“ Anbieter, Konzentrationskontrolle nach dem Muster des privaten Rundfunks, Beteiligung der privaten Anbieter an der Finanzierung der Universaldienste. Vage bleibt der Minister bei der Beschreibung dieser Universaldienste ebenso wie bei der Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung. Die Gewerkschaften sind also zu schnellen Reaktionen aufgefordert.

„Nein zum Krieg — Ja zu einer politischen und friedlichen Lösung der Kurdenfrage“

10000 Teilnehmer auf einer Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle zum Kurdistan-Konflikt

Etwa zehntausend Personen beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter am 10. Juni an einer kurdischen Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle. Deutsche, türkische und kurdische Betriebsräte aus Kölner Betrieben hatten zu der Veranstaltung aufgerufen. Wir dokumentieren den Aufruf der Veranstalter, Auszüge aus der Rede von Winfried Wolf, PDS-MdB, und einen Beitrag von Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, in dem dieser die Positionen beschreibt, die er in seiner Rede auf der Veranstaltung vorgetragen hat. — (rül)

Der Aufruf der Veranstalter

Nein zum Krieg — Ja zur politischen Lösung

Seit 10 Jahren wird in Türkisch-Kurdisten ein erbarmungsloser Krieg geführt. Dieser Krieg ist die Folge von 70 Jahren der Verneinung und Unterdrückung der kurdischen Identität durch den türkischen Staat. Heute leben über 20 Millionen KurdInnen in der Türkei, deren Sprache, Kultur und Identität vom türkischen Staat nicht anerkannt werden.

Der Krieg, der seit 1984 andauert, hat beiden Bevölkerungsgruppen in der Türkei — KurdInnen und TürkInnen — großes Leid zugefügt. Die letzte militärische Offensive des türkischen Staates in der UNO-Schutzzone (!) Süd-Kurdisten (Nord-Irak) zeigt, daß der türkische Staat nicht an einer politischen Lösung der kurdischen Frage interessiert ist, sondern versucht, das Problem militärisch durch die Vernichtung des kurdischen Volkes zu „lösen“. Dieser ungerechte, zutiefst unmoralische und schmutzige Krieg schadet gleichzeitig dem türkischen Volk und seinen ethischen Werten; denn der Respekt vor dem Leben und vor der Natur wird zerstört.

Die Folge des Krieges ist, daß Völker, die jahrhundertlang friedlich zusammengelebt haben, sich entzweien und voneinander entfernen. Menschen, die diese Barbarei nicht hinnehmen und offen kritisieren — WissenschaftlerInnen, Intellektuelle, SchriftstellerInnen, JournalistInnen, GewerkschaftlerInnen — werden verhaftet und verfolgt, um sie zum Schweigen zu bringen.

Als Folge dieses schmutzigen Krieges sind 3000 Dörfer vollkommen zerstört und etwa 5 Millionen Menschen von ihrem Land vertrieben worden. Viele Kurden, die sozial einflussreiche Positionen erlangt hatten, RechtsanwälteInnen, ÄrztInnen, Parteifunktionäre und kurdische Unternehmer, wurden von Todesschwadronen ermordet.

Millionen Hektar Wald in kurdischen Gebieten wurden mit der Begründung niedergebrannt, daß sich Guerilla-Kämpfer dort verbergen. Der ökologische Schaden ist enorm groß.

Folge dieses 10jährigen Krieges: 15000 Tote. Tausende Witwen und Waisen ohne jegliche soziale Absicherung. Die Parteien, die für eine friedliche demokratische Lösung der Kurdenfrage eingetreten waren (HEP, DEP), wurden auf Drängen der türkischen Gene-

räle verboten und ihre Abgeordneten zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Auf den Versuch demokratischer Zeitungen (Özgür Ülke, Özgür Gündem und Yeni Ülke), das wahre Gesicht des Krieges an die Öffentlichkeit zu bringen, reagierte der türkische Staat mit Repressalien: Festnahme der ZeitungsredakteurInnen, Ermordung von 21 JournalistInnen und Bombenanschläge auf Zeitungsbüros. Die türkischen Tageszeitungen und Fernsehkanäle verherrlichen den Krieg, schüren Feindschaft zwischen TürkInnen und KurdInnen, die militärischen Maßnahmen werden bejubelt und die Öffentlichkeit wird belogen. Die sture Haltung der Militärs und vieler Politiker einerseits, die einseitige, rassistisch geprägte Berichterstattung der Medien andererseits machen es unmöglich, eine politische Lösung zu finden.

Dieser Krieg ist niemandes Interesse! Er muß sofort aufhören, im Dialog muß eine friedliche Lösung gefunden werden. Eine friedliche Lösung, die die Völker wieder einander näher bringt und eine Chance eröffnet, das Zerstörte wieder aufzubauen. Daher appellieren wir, in der BRD lebende Menschen, an die Öffentlichkeit, sich dafür einzusetzen, daß der Krieg in Kurdistan so schnell wie möglich ein Ende findet.

Den Aufruf haben u.a. Ismail Sahin, IG-Metall-Betriebsrat Eisenwerk Brühl, sowie Cafer Pörüklü, Manfred Kern, Ali Cicek und Yunus Ergül, alle IG Metall-Betriebsräte bei Ford Köln, unterzeichnet.

Aus der Rede von Winfried Wolf, PDS

Regierung hat sich zur Kriegspartei erklärt

Ich rede hier als Sprecher für internationale Solidarität der PDS im Deutschen Bundestag. Wir unterstützen Eure Forderungen:

- Schluß mit dem Krieg in Kurdistan, — Frieden jetzt!
- Für eine politische Lösung!

Wenn wir sagen: „Frieden jetzt“ dann sagen wir auch: Es herrscht Krieg in der Türkei. Krieg sowohl in dem Kurdistan, das offiziell zum Staatsgebiet der Türkei zählt. Krieg auch in dem Kurdistan, das offiziell zum Irak zählt. In beiden Teilen Kurdistan sind es in erster Linie türkische Truppen, die diesen Krieg führen.

(...) Viele der hier Anwesenden haben Angehörige, die selbst Opfer dieses schmutzigen Krieges sind oder von diesem schmutzigen Krieg bedroht werden. Sie kennen die Bilanz dieses Krieges besser als ich. Es kann an dieser Stelle nicht meine Aufgabe sein zu untersuchen, mit welchen Mitteln die PKK diesen Krieg führt. (...) Sicher ist: Die PKK hat einen Waffenstillstand und eine politische Lösung angeboten. Sicher ist: dies wurde von der Regierung in Ankara und von den westlichen Regierungen ignoriert, zum Teil sogar ausdrücklich abgelehnt.

Was die türkische Seite betrifft, so beschränke ich mich hier nur auf die unumstrittenen Tatsachen. (...) Vor vier Wochen hat der türkische Justizminister Mehmet Mogultay persönlich in einem Interview im Stern erklärt: In



Köln, 2. Juni: Protest vor Agri-Verlag

meinem Land „sind Exekutionen ohne Urteil alltäglich“ geworden. Er selbst hat das Problem von hunderten „verschwindener Menschen“ angesprochen. Vor wenigen Wochen ist die grausam verstümmelte Leiche von Hasan Ocak aufgefunden worden. Er war alewitischer Kurde. Er war seit mehreren Wochen als „verschwinden“ registriert. Er wurde am 21. März dieses Jahres verhaftet. Sein letzter registrierter Aufenthaltsort: das Polizeigefängnis von Istanbul. Es gibt keine Zweifel, wer die Mörder sind. Und das ist nur ein Fall von Hunderten. (...)

Yunus Ergül, Betriebsrat bei Ford in Köln, hat vor wenigen Tagen in einem Interview, das ich mit ihm, mit Selattin Can und mit Ali Cicek geführt habe, erklärt: „Dieser Krieg ... richtet sich nicht nur gegen das kurdische Volk. Er richtet sich auch gegen die Arbeitnehmer in der Türkei. Dieser Krieg wird von den Geldern der Arbeitnehmer finanziert.“

Das heißt auch: Dieser Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden richtet sich auch gegen die türkischen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie müssen ihn — u.a. mit ihren Devisen-Überweisungen — mitfinanzieren. Sie müssen ihre Söhne, ihre Männer und ihre Brüder als Soldaten in diesen schmutzigen Krieg schicken.

Selattin Can, Vertrauensmann hier in Köln bei Ford, erklärte in demselben Interview, das ich bereits zitierte: „Ohne die massive Unterstützung durch die Bundesregierung und durch den Westen könnte die türkische Regierung diesen Krieg nicht führen.“ Selattin hat recht. Dieser Krieg ist auch ein von der deutschen Regierung mitgeführter Krieg. Die Bundesregierung hat sich zur Kriegspartei erklärt. Sie gestattet, daß im offiziellen Fernseh-Kabel-Netz der türkische Staatssender TNT seine Kriegspropaganda verbreiten kann. Diese Bundesregierung liefert Waffen und rüstet die türkische Armee auf und hoch. (...) Wenn wir fordern: „Frieden jetzt“ dann fordern wir auch:

— Schluß mit der finanziellen und militärischen Unterstützung der Bundesregierung für diesen Krieg!

— Keine Auslieferung und Rücksendung kurdischer Menschen, die hier leben und hier leben wollen, in die Türkei! (...)

Diese Veranstaltung ist ein großer Anfang und ein ermutigendes Zeichen. Ermutigend ist, daß hier eine gemeinsame Veranstaltung von kurdischen Vertretern, von DGB, von SPD und von PDS zu der Forderung „Frieden jetzt“ in Kurdistan stattfindet.

Andreas Buro, Komitee für Grundrechte

Die Zeit ist reif für eine politische Lösung

Ich kämpfe seit über drei Jahrzehnten für Befreiung von Unterdrückung und Krieg — ohne Waffen, nur mit der Waffe des Wortes und der Mobilisierung des Bewußtseins von Menschen. Trotzdem trete ich der Diffamierung der Guerilla in der Türkei als Terroristen entgegen. Die Schwächeren greifen in der Geschichte aus Verzweiflung über den Terror und die Unterdrückung der starken Mächte zur Waffe. Wir wissen von amnesty, die größten Terroristen sind gegenwärtig die Staaten und ihre Militärapparate. Aber ich sage auch im Rückblick auf die historischen Erfahrungen der sozialrevolutionären und Befreiungsbewegungen: Ihr gewaltsamer Befreiungskampf war in aller Regel erfolglos — selbst wenn sie, wie im Falle Vietnams oder Kubas, siegten. Meine Botschaft lautet also für die Türkei: Beide Seiten der militärisch Kämpfenden müssen den gewaltsamen Konfliktaustrag überwinden lernen. Dabei beizutragen ist unsere große Aufgabe.

In vielen Teilen der Welt wurde aus dieser grundsätzlichen Erkenntnis nach jahrelangen blutigen Kämpfen die Lehre gezogen, nun sich politischen Lösungen zuzuwenden. Der Aufruf „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung“, in dem zu einem europäischen Friedensdialog zur Beendigung des Krieges aufgerufen wird, zielt in diese Richtung. Dieser sicher langfristigen politischen Dialog-Arbeit stellen sich drei vordringliche Aufgaben. Erstens gilt es, das in der Türkei wirksame Tabu gegen eine politische Lösung zu durchbrechen und die Menschen durch internationale Öffentlichkeit zu schützen, die eine solche Lösung fordern. Zweitens ist allen Versuchen, in Deutschland oder anderen Emigrationsländern Türken und Kurden gegeneinander bis zur Gewaltanwendung aufzuhetzen, entgegenzutreten. Eine Absage an Gewalt und ein geschwisterliches Eintreten für eine zivile Konfliktbearbeitung, also eine politische Lösung, muß die Botschaft sein, die von hier, von Türken und Kurden gemeinsam ausgeht. Drittens müssen wir uns alle gemeinsam an die europäischen Regierungen und internationalen Institutionen, wie z.B. die NATO, wenden, damit diese ihre Kriegsunterstützung für Ankara beenden und stattdessen gute Dienste für eine politische Lösung leisten. Unsere Losung muß lauten: „Für eine politische Lösung — Frieden jetzt!“

(Kurzbericht von Prof. Dr. Andreas Buro über einige Aspekte seiner Ansprache bei der Veranstaltung)

„... um Jugoslawien als föderativen Staat wiederherzustellen“

Ein UZ-Gespräch mit Prof. Ratko Krsmanovic,
Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien

Die DKP-Zeitung „UZ“ dokumentierte am 26. 5. das folgende Gespräch des Vorsitzenden des Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien, Ratko Krsmanovic, mit Heinz Stehr und Friedbert Ries.

Zur Lage in Jugoslawien

300 000 bis 400 000 Todesopfer und über eine Million Verwundete und Versehrte sind die Opfer des mörderischen Krieges in Jugoslawien. Heute ist kein Ende der Konflikte und Kriege absehbar. In Bosnien-Herzegowina spitzt sich die Situation erneut zu. Jeden Tag finden Kriegshandlungen statt, die zu einem neuen großen Konflikt führen können. Auch in den inzwischen selbstständigen Staaten Slowenien und Kroatien sind die Probleme nicht gelöst, auch dort sind militärische Konflikte möglich.

Die imperialistische Politik der Bundesregierung und der US-Regierung tragen die Hauptschuld an der tragischen Katastrophe, die Jugoslawien seit Jahren durchlebt. Falls Bundeswehrsoldaten in Bosnien-Herzegowina eingesetzt werden sollten, wird dies eine zusätzliche Eskalation bedeuten. Die Wunden, die der deutsche Faschismus geschlagen hat, sind längst nicht verheilt. Im Gegenteil, sie wurden neu aufgerissen durch die konkreten aktuellen Erfahrungen der Rolle deutscher imperialistischer Politik bei der Zerschlagung Jugoslawiens. Außerdem wird sehr genau registriert, daß in der Darstellung und politischen Bewertung in den Medien der BRD imperialistische Politik ihre Fortsetzung findet.

Zur Zeit ist noch keine Lösung sichtbar. Zwar hat die Bereitschaft der Menschen, die Lasten des Krieges zu tragen, nachgelassen. Die jeweiligen Regierungen haben keinerlei Mehrheitslegitimation für ihre Politik. Dennoch ist zur Zeit keine Kraft in Jugoslawien erkennbar, die stark genug wäre, den Krieg zu beenden und eine neue Zukunftsstrategie für Jugoslawien durchzusetzen.

Gerade dies ist eine Hauptaufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten, die im Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien organisiert sind. Diesem Ziel dient ein neues programmatisches Dokument, das sich „Plattform für die Lösung der Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik, Bosnien und Herzegowina“ nennt und auf dessen Grundlage linke Politik gebündelt werden soll. Diese Politik hat das Ziel, die Mehrheitsverhältnisse zu verändern, Frieden durchzusetzen, sich gegen die Restauration des Kapitalismus zu wehren und die Einparteiensysteme, die es in allen Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien heute gibt, zu brechen. Eine solche Politik wäre auch die Voraussetzung, um die Blockade gegen das heutige kleine Jugoslawien zu brechen.

Diese Politik kann nur dann wirksam werden, wenn sie internationale Hilfe und Unterstützung erfährt. Daher entwickelt der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien seine internationalen Beziehungen ständig weiter. Eine engere Zusammenarbeit gibt es bisher mit der Rifondazione Comunista Italiens, der Arbeiterpartei Ungarns, der KP Rußlands, deren Vorsitzender Sjuganow den Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien in Belgrad besuchte.

Eine besondere Aufgabe zur Lösung zukünftiger Probleme hat heute die Föderative Republik Jugoslawien. In Jugoslawien befinden sich 500 000 bis 600 000 Kriegsflüchtlinge. Jeder 15. Einwohner kommt von außerhalb des Territoriums. 32 Prozent der Flüchtlinge sind Nicht-Serben.

Die politische Landschaft ist durch eine außerordentlich große Organisations- und Parteivielheit gekennzeichnet. So gibt es 160 neue Organisationen, die in den letzten Jahren entstanden sind, darunter nicht wenige politische Parteien, die rechtsorientiert sind. Die Auseinandersetzung mit den Cetniks und allen nationalistischen und rassistischen Spielarten ist von großer Bedeutung.

Für die Kommunistinnen und Kommunisten ist es notwendig, daß Linke und Kommunisten mit in die Regierungsverantwortung einsteigen, um politische Grundlagen zu erarbeiten, die auch die Blockadepolitik der UN gegen Jugoslawien brechen kann. Aus diesem Jugoslawien muß es neue Initia-

gen sehr kompliziert. Vor viereinhalb Jahren ist die Partei gegründet worden. Sie muß heute in den verschiedenen Staaten Jugoslawiens unterschiedlich kämpfen, unter legalen, illegalen und halblegalen Bedingungen. Zunächst mußte sie sich einer antisozialistischen und antikommunistischen Kampagne widersetzen. Durch viele undemokratische Maßnahmen wurde ihr eine gleichberechtigte oder eine Beteiligung überhaupt an Wahlen unmöglich gemacht. Daher ist die Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaften unabdingbare Voraussetzung, um politischen Einfluß gewinnen zu können.

Heute hat der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien 32 000 Mitglieder, allein in den letzten drei Monaten konnten 2500 vorwiegend junge Menschen hinzugewonnen werden.

Es gibt auch aktuelle Faktoren, die die Entwicklung behindern. In Slowenien ist der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien als Partei

gestrichen worden, weil er die durch neue Gesetze notwendigen Finanzmittel einfallen lassen, um die Partei und ihre Mitglieder zu diskreditieren und zu kriminalisieren. In Kroatien werden die Mitglieder des Bundes der Kommunisten

— Bewegung für Jugoslawien verfolgt und aus dem Land vertrieben. Allein in der letzten Zeit sind 112 Mitglieder aus Kroatien ausgewiesen worden bzw. mußten flüchten, darunter auch 67 Kroaten.

Neben der Entwicklung der eigenen Partei sieht es Professor Krsmanovic als eine der Hauptaufgaben an, die linken Kräfte zu bündeln. So hat sich in Kroatien um die Zeitschrift *Kroatische Linke* ein Bündnis entwickelt, das gegen das reaktionär-faschistoide Tudjman-Regime kämpft. Außerordentlich kompliziert ist die Situation für die Kommunisten in Bosnien-Herzegowina. Bis zuletzt kämpften sie dort für eine Verhinderung des Krieges. Heute gehören Kommunistinnen und Kommunisten zu den Opfern. Ihre politische Tätigkeit haben sie darauf angelegt, diesen mörderischen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien hatte hier seinen stärksten politischen Rückhalt. Kriegsergebnisse und die aktuelle Zuspitzung machen eine organisierende politische Tätigkeit fast unmöglich. Die Entwicklung des Bundes der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien, politische Ausstrahlung, Verankerung in der Bevölkerung entwickelt sich und gibt schon

heute wichtige Impulse für Diskussionen zur notwendigen Lösung in Jugoslawien.

Perspektiven

Der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien hat für Bosnien-Herzegowina eine Plattform mit Vorschlägen zur Lösung der Krise entwickelt. Dieser Vorschlag wird bisher von 34 anderen linken Parteien und Organisationen unterstützt. In dem Dokument heißt es u.a.: „Der Frieden ist die Grundvoraussetzung zur Lösung der jetzigen Situation. Die drei Nationalitäten in Bosnien-Herzegowina müssen als gleichberechtigte Partner anerkannt und zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden.“

Es ist eine Illusion, daß der jetzige Konflikt durch Nationalismus und territoriale Forderungen gelöst werden könnte. Eine Grundvoraussetzung zur Lösung der Krise ist die Durchführung demokratischer Wahlen, die unter Kontrolle der UNO durchzuführen sind, um eine durch die Bevölkerung legitimierte Regierung zu haben. Weiter heißt es dort: „SKPJ ist der Meinung, daß alle drei Völker das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf einen Staat haben.“ Entsprechend fordern sie die Bildung dreier multinationaler Staaten, die einen gemeinsamen Bund bilden sollen.

In diesem Bund sollen dann autonome Verwaltungen zugelassen werden. Dies setzt allerdings voraus, daß eine ökonomische Kooperation, eine neue Kommunikation im Rahmen der traditionellen Beziehungen von Menschen und Organisationen geben muß. SKPJ fordert, daß es im Rahmen gesellschaftspolitischer Probleme zu keiner Bevorzugung und Diskriminierung wegen der Nationalität kommen darf. Sie fordern, daß diejenigen, die Staatsterrorismus entwickelt haben, zur Verantwortung gezogen werden. Sie wenden sich gegen ethnische Säuberungsaktionen, gegen Räubereien und Brandstiftungen, gegen die Vertreibung von Völkern und Bürgern aus vielen jahrhundertalten Siedlungsgebieten. Sie fordern die Beseitigung aller Symbole des Staates, die ihn als nationalistisch und extremistisch identifizieren. Sie fordern das Verbot aller Organisationen, die sich auf nationalistischer Basis gegründet haben und die Symbole des Nazifaschismus verwenden. In der Perspektive setzt SKPJ sich für unterschiedliche Eigentumsformen ein, fordert einen „politischen Pluralismus, der die Freiheit, Gleichheit aller Völker und Bürger, unabhängig von der nationalen, religiösen, ideologischen oder politischen Zugehörigkeit garantiert.“

Diese Positionen finden Interesse in In- und Ausland. Junge Leute sehen darin eine Perspektive nicht nur zur Lösung der Probleme, sondern auch zur Zukunft. Kunst- und Kulturschaffende engagieren sich für diese Ziele. Mit der Propagierung dieser Forderungen gelingt es mehr und mehr, die antikommunistische Hysterie zurückzudrängen.

(...) Der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien hat hier in der Bundesrepublik Deutschland eine Vertretung. (...) aus: UZ, 26. Mai 1995. (Geringfügig von der Redaktion gekürzt.)



Josip Broz Tito

tiven geben, um Jugoslawien als Ganzes, als föderatives Staatsgebilde wiederherzustellen. Dies hält der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien auch deswegen für möglich, weil 17,5 Millionen Menschen dieselbe Sprache sprechen, nach wie vor eine Wirtschaft vorhanden ist und bei der Durchsetzung einer neuen Friedenspolitik an alte Gemeinsamkeiten angeknüpft werden kann, auch wenn es schwierig wird. Gegen imperialistische Interesse aus dem Ausland, gegen Nationalismus, Chauvinismus im Land soll diese Politik längerfristig durchgesetzt werden.

Der Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien

Die Wiederherstellung des föderativen Jugoslawiens ist das strategische Ziel des Bundes der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien. Nachdem der alte Bund der Kommunisten gescheitert war und zerschlagen wurde, geht es um einen Neuanfang, um Reorganisation durch Sammlung der Kommunistinnen und Kommunisten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und Klärung von politischen Standpunkten. Diese Aufgabe ist unter den neuen Bedingun-



Le Pen beim
Wahlkampf
in Marseille

Kommunalwahlen in Frankreich

Front National gewinnt weiter an Einfluß

Eine halbe Million Gemeinderäte in fast 37000 Kommunen waren im ersten Wahlgang am 11. Juni zu wählen.

Frankreich hat mehr Gemeinden als alle anderen vierzehn EU-Mitglieder zusammen. Einen Monat nach dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen wollten die Bürgerlichen auch in den Kommunen die wichtigsten Machtpositionen erobern bzw. halten.

90 Prozent der französischen Gemeinden haben weniger als 2500 Einwohner. Dort wird nach dem reinen Mehrheitswahlrecht gewählt, in zwei Wahlgängen. Einzelkandidaturen sind ebenso erlaubt wie Listenbildung. Es kann passieren, dass auch Nichtkandidaten auf die Listen gesetzt und gewählt werden.

Gemeinden zwischen 2500 und 3500 Einwohnern — drei Prozent der französischen Kommunen — wählen nach dem gemischten Verhältniswahlrecht. Die Sitze werden zur Hälfte der Liste der Gewinner und zur anderen Hälfte entsprechend den Prozentanteilen der Parteien vergeben.

In den Kommunen mit mehr als 3500 Einwohnern, in den Großstädten und in den Vororten, wird in zwei Wahlgängen mit kompletten Listen gewählt. Panaschieren ist hier nicht erlaubt, und die Kandidatenliste kann auch nicht verändert werden. Erhält eine Liste im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, so bekommt sie die Hälfte der Sitze. Die andere Hälfte wird anteilig auf alle Listen verteilt, einschließlich der Liste der Gewinner.

Die Beteiligung am ersten Wahlgang ist so niedrig wie noch nie seit der Befreiung. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten sind der Wahl ferngeblieben.

Wenn auch die endgültigen Ergebnisse noch nicht vorliegen, so steht fast sicher fest: die Rechten haben gegenüber den letzten Kommunalwahlen 1989 zugelegt, wenn auch nur leicht. Die an der Führung beteiligten Parteien erhielten um die 45 Prozent. Die Front Natio-

nal gewann weitere Prozentpunkte hinzu (plus 1,5 Prozent gegenüber 1989) und erzielte in einigen bedeutenden Städten Ergebnisse, die an Le Pens Präsidentschaftsergebnis vom April anknüpfen: zum Beispiel 30 Prozent in Mulhouse, 32,5 Prozent in Tourcoing. In Vitrolles und Orange gehen die Kandidaten der FN mit den meisten Stimmen in den zweiten Wahlgang. Die FN hatte in 447 Städten mit mehr als 5000 Einwohnern kandidiert, 1989 hatte sie in 363 Städten kandidiert. Sie hatte diesmal ihr Hauptgewicht auf die größeren Städte gerichtet, in 195 von 230 Städten mit mehr als 30000 Einwohnern war die FN zur Kandidatur angetreten. Im Landesdurchschnitt erhielt die FN 6,6 Prozent. Und so wie es aussieht, könnte eines der von Le Pen angestrebten Ziele verwirklicht werden: Da die Anzahl der Gemeinderäte weiter anwachsen wird — derzeit hat die FN ungefähr 1100 — wird die FN bei den Wahlen zum Senat im September wahrscheinlich einen Kandidaten durchbringen können.

In verschiedenen Kommunen haben PS (Sozialistische Partei) und PCF gemeinsame Listen gebildet, um Konkurrenz Kandidaturen auszuschließen und eine Übernahme vieler Gemeinden durch die Rechten zu verhindern. Gegenüber 1989 ist der Stimmanteil von PS und PCF um fünf Prozent gesunken (auf landesweit 42 Prozent). Allerdings haben in vielen Kommunen die gemeinsamen Listen gute Ergebnisse erzielt. Auch in vielen Großstädten haben sich die gemeinsamen Kandidaturen als nützlich erwiesen, um Mehrheiten der Rechten im ersten Wahlgang zu verhindern. Die Grünen kamen im Durchschnitt auf etwa zwei Prozent und haben außer in einigen Pariser Arrondissements keine größere Rolle gespielt. Das gilt auch für die Kräfte, die zur extremen Linken gezählt werden, sie kamen auf 0,8 Prozent der Stimmen.

Am 18. Juni ist der zweite Wahlgang, der in einer Vielzahl von Kommunen und Großstädten notwendig geworden ist. — (map)

Eines seiner Gedichte ist in seiner vertonten Form auch hierzulande bekannt, es wissen allerdings die wenigsten, daß der Text von „Guantamera“ aus der Feder von José Martí stammt. Vor hundert Jahren fiel der kubanische Schriftsteller, Revolutionär und Journalist im zweiten kubanischen Freiheitskrieg. In Cuba wurde deshalb 1995 als Jahr José Martí ausgerufen.

Als Martí am 19. Mai 1895 von drei spanischen Kugeln tödlich getroffen vom Pferd stürzte, verloren die lateinamerikanischen Völker einen ihrer wichtigsten Theoretiker im Kampf um nationale Befreiung und kulturelle Identität. Aus diesem Grund wird sein Todestag nicht nur in Cuba feierlich begangen. José Martí bleibt in Erinnerung als antiimperialistischer Kämpfer, aber auch als Streiter gegen Rassismus und für ein demokratisches Erziehungssystem. Und nicht zuletzt als Verfasser von Gedichten, Theaterstücken und Kinderbüchern.

Die literarische Persönlichkeit ist nicht vom politischen José Martí zu trennen. Sein politisches und literarisches Werk bilden eine Einheit und sind von den gleichen fortschrittlichen Überzeugungen durchdrungen.

Bis heute bleibt José Martí die wichtigste Figur in der Entwicklung kubanischer Nationalität seit dem siegreichen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien (1885 bis 1898), der von ihm maßgeblich organisiert wurde.

Sein politisches Denken war die entscheidende theoretische Grundlage der jungen RevolutionärInnen, die 1953 mit dem Sturm auf die Moncada-Kaserne die kubanische Revolution einleiteten. Aber auch als die siegreichen KämpferInnen ihre Revolution zur sozialistischen erklärten, behielt Martí seine Bedeutung.

Marx und Martí werden in der Ideengeschichte der kubanischen Revolution in einem Atemzug genannt. Fidel Castro sagte 1985 in einem Interview:

„Mein Beitrag zur kubanischen Revolution besteht darin, daß mir eine Synthese der Ideen von Martí und dem Marxismus-Leninismus gelungen ist.“

José Martí wurde am 28. Januar 1853 in Havanna als Kind einer spanischen Familie geboren. Als der erste kubanische Befreiungskrieg begann, begrüßte der erst 15jährige Schüler den antikolonialen Kampf enthusiastisch. In einem patriotischen Sonett schrieb er:

Ein Traum erfüllt sich,
es ist wahr,
das Volk der Insel läßt den
Kriegsruf klingen.
das Volk, das keine Knechtschaft
konnte zwingen,
das Qualen litt dreihundert Jahr.

Martí begann, für die Sache der Unabhängigkeit zu streiten. Er schrieb in separatistischen Zeitungen und wurde wegen Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung zu Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt. 1871 wies ihn die koloniale Verwaltung nach Spanien, in die verhasste Metropole aus. Dort studierte er Jura und Philosophie und debattierte mit den liberalen Denkern der ersten

spanischen Republik über Cubas Forderung nach Unabhängigkeit.

Ende 1874 verließ Martí Spanien in Richtung Mexiko. Die folgenden Jahre verbrachte er in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, was ihm zu vielfältigen Begegnungen mit der sozialen, politischen und kulturellen Wirklichkeit dieses Teils der Erde verhalf. So entstanden seine weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorschläge zur Entwicklung auf dem Kontinent.

Martí's Denken stützt sich auf die republikanischen Freiheitsideale der französischen Revolution und der nordamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung. Dazu kommen die Erfahrungen mit den Ländern, die nach errungener Unabhängigkeit die Tyrannei der spanischen Krone mit dem Despotismus einer nationalen Oligarchie ver tauschten.

Ein zentrale Bedeutung kommt der Volksbildung bei. „Nur ein gebildetes Volk kann wirklich frei sein.“

Nach einer Amnestie im Jahre 1874 konnte er nach Cuba zurückkehren. Er engagierte sich jedoch weiter für die Unabhängigkeit und beteiligte sich an Konspirationen gegen die spanische Kolonialmacht. Martí wurde erneut ausgewiesen. Es begann eine lange Zeit des Exils in den USA und in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten. Martí nahm an den ersten multinationalen Konferenzen dieser Staaten teil, die sich erst kurze Zeit von der spanischen Metropole gelöst hatten und sich jetzt einer neuen Vereinnahmung durch die große Macht im Norden ausgesetzt sahen. Mit bemerkenswerter Voraussicht schreibt er über den Neokolonialismus der USA:

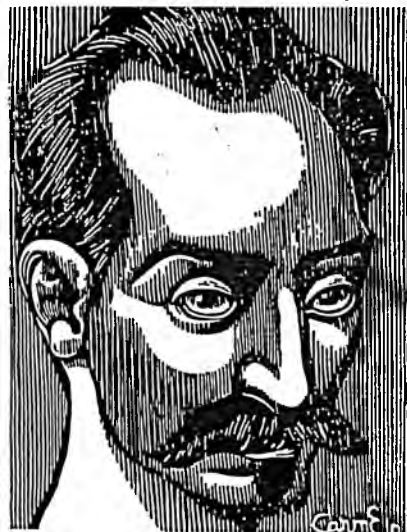
„Nie gab es in Amerika — von der Unabhängigkeit bis heute — eine Angelegenheit, die der Besonnenheit mehr bedarf, die mehr Wachsamkeit verlangt und zu einer äußerst klaren und eingehenden Untersuchung verpflichtet, als diese Einladung der mächtigen Vereinigten Staaten, die voll sind von unverkäuflichen Produkten und entschlossen, ihre Herrschaft in Amerika auszu breiten. Sie laden die schwächeren amerikanischen Nationen ein, die über den freien Handel nützliche Verbindung mit den europäischen Völkern haben, um so ein Bündnis gegen Europa zu schließen und Vereinbarungen mit dem Rest der Welt zu treffen.“

1892 gründete Martí die Revolutionäre Partei Cubas mit dem Ziel der Schaffung einer unabhängigen und demokratischen Republik. Am 24. Februar 1895 brach der Krieg an verschiedenen Orten der Insel aus. Martí eilte nach Cuba und wurde zum Generalmajor der Befreiungsarmee ernannt. Wenige Wochen später fiel er.

Neben seinen politischen Schriften hinterließ er ein umfangreiches lyrisches und belletristisches Werk. Seine Schriften zu einer emanzipatorischen Pädagogik bilden heute noch die Grundlage des Erziehungssystems in Cuba. Und auch sein revolutionäres Credo ist heute in Cuba aktueller denn je: „Die Zukunft liegt darin, daß sie sich alle wünschen.“ — (Anr, aus: az Freiburg)

Cuba feiert José Martí

José Martí Gedenkjahr



Die jetzt veröffentlichte statistische Erhebung „Schule und Berufsbildung in Hamburg“ wirft ein Schlaglicht auf die rassistische Ausprägung einer Sozialordnung, in der Einwohner, die keinen deutschen Paß haben, wie von Naturgewalten am untersten Ende der gesellschaftlichen Hierarchie festgehalten werden.

Unter den Mechanismen der Ausschließung von Nicht-Deutschen spielt das Bildungswesen eine zentrale Rolle.

Schulabgänger

Für ausländische Jugendliche, die die Schule verlassen, ist der Traum von einer irgendwie gehobenen gesellschaftlichen Stellung in der Regel bereits ausgeträumt und für ihre meist schwerarbeitenden und schlechtbezahlten Eltern die Hoffnung, ihre Kinder würden es einmal besser haben, begraben.

Zwar scheint die Statistik dem Autor des auswertenden Aufsatzes recht zu geben, der das „Bildungsgefälle zwischen Deutschen und Ausländern im Zeitraum seit 1980 erheblich verringert“ sieht. So ist der Prozentsatz der nicht-deutschen Jugendlichen, der die Schule ohne Abschluß verläßt, tatsächlich stark zurückgegangen, der Anteil der Abgänger mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife hat sich mehr als verdoppelt.

	1980		1993	
	abs.	%	abs.	%
<i>Abschlüsse ausländischer Schulabgänger</i>				
insgesamt	1175		2587	
Ohne	495	42,1	440	17,0
Hauptschule	422	35,9	995	38,5
Realschule	184	15,7	776	30,0
Fachhochschul- /Hochschulreife	74	6,3	376	14,5
<i>Abschlüsse deutscher Schulabgänger</i>				
insgesamt	23869		12646	
Ohne	1857	7,8	913	7,2
Hauptschule	7314	30,6	2723	21,5
Realschule	8753	36,7	4105	32,5
Fachhochschul- /Hochschulreife	5945	24,9	4905	38,8

Es ist aber zu bedenken, daß 1980 die ganz überwiegende Mehrheit der Schulabgänger ohne deutschen Paß nicht in Deutschland geboren, womöglich nicht einmal hier eingeschult worden sein dürfte, sondern erst im Laufe der Kindheit und Jugend von ihren Eltern nachgeholt worden ist. Denn die Wande-

Junge Menschen ohne deutschen Paß haben schlechte Aussichten

Bildungswesen in der BRD als Ausschließungsmechanismus

rungsbewegungen in die BRD — Folge der Ausweitung des Arbeitsmarktes des deutschen Kapitals — setzten erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein und in großem Ausmaß erst seit Beginn der 70er Jahre, und viele Eltern mußten ihre Kinder noch lange bei Verwandten lassen, bevor es ihnen möglich wurde, sie nachzuholen. Demgegenüber kann als sicher gelten, daß der ganz überwiegende Teil der ausländischen Schulabgänger 1993 zur zweiten Generation zu zählen ist, also hier geboren und eingeschult wurde. Vor diesem Hintergrund lesen sich die Zahlen 1993 anders. Jeder dritte Schulabgänger ohne Abschluß hat keinen deutschen Paß, aber nur jeder vierzehnte Abiturient (bei einem Anteil ausländischer Jugendlicher von 17% an den Schulabgängern). Mochte die Ausschließungsfunktion des Schulwesens im Jahr 1980 von vielen, auch den Betroffenen selbst, noch als Anfangsschwierigkeit eingewandelter Bevölkerungsgruppen interpretiert werden können, so ist das Mitte der 90er Jahre nicht mehr möglich.

Auszubildende

Wieviele der ausländischen Abiturienten tatsächlich eine Hochschule besuchen, sagt die Statistik nicht aus. Es ist aber anzunehmen, daß die Quote viel niedriger ist als bei den deutschen Abiturienten.²

Eine solche These wird auch gestützt durch einen Blick auf die Verhältnisse bei den Auszubildenden. Während die ausländischen Schulabgänger 1993 — wie erwähnt — 17% von allen Schulabgängern ausmachen und in der Gruppe der Schulabgänger ohne Hochschulreife sogar 22%, ist ihr Anteil an den Auszubildenden viel geringer, nämlich unter 10% (1992). Anders ausgedrückt: Von der entsprechenden Altersgruppe der

ausländischen Jugendlichen sind gerade halb so viel in Ausbildungsverhältnissen wie ihre deutschen Altersgenossen, obwohl von diesen zudem ein großer Teil studiert.

Dies vielleicht schwer lesbare Zahlenwirrwirr verbirgt ein großes soziales Elend: Junge Menschen werden aufgrund kultureller Merkmale ausgesondert, degradiert, in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten behindert, zu Arbeitslosigkeit verdammt.

Auch die nähere Betrachtung der Ausbildungsverhältnisse selbst bestätigt die These von der rassistischen Ausprä-

von ihren deutschen Altersgenossen mit gleicher Schulausbildung bevorzugt werden, so etwa die ganze Gruppe der kaufmännischen oder der elektronischen Ausbildungen, im wesentlichen versperrt.

Eine aufschlußreiche Einzelheit soll noch erwähnt werden: Einen deutlich überdurchschnittlich hohen Anteil stellen die jungen ausländischen Frauen in den Ausbildungsberufen der Arzthelferin (20%) und Apothekenhelferin (33%). Das läßt sich eigentlich nur dadurch erklären, daß Ärzte und Apotheker bei der Auswahl „ihrer“ Auszubildenden an ihre (mögliche) Kundschaft denken, also daran, daß eine z. B. türkische Arzthelferin türkische Patienten und Patientinnen in die Praxis bringt.

Es stellt sich die Frage, wie der Aussonderungs- und Ausschließungsmechanismus Bildungswesen eigentlich funktioniert. Die These lautet, daß er sozusagen vom „Ende“ her funktioniert, d. h. der Arbeitsmarkt, also vor allem das Nachfrageverhalten der Kapitalisten, für die Differenzierung und Ausschließung im und durch das Schulwesen sorgt. Wie sich das aber im Bildungswesen selbst, in der Organisation und den Inhalten der Bildung, in der Schulhierarchie, in Konkurrenzverhältnissen usw. durchsetzt und wie dagegen gearbeitet, wie das für große Teile der Gesellschaft so Selbstverständliche aufgeklärt und aufgehoben werden kann, das ist eine Frage, die unbedingt erörtert werden sollte. — (scc)

Anmerkungen:

1 Hamburg in Zahlen, 4/95, S. 94-108.

Es handelt sich im folgenden ausschließlich um Hamburger Zahlen, wenn auch nicht um Hamburger Besonderheiten.

2 Akademische Laufbahnen, an deren Ende ein Beamtenverhältnis steht, sind Menschen ohne deutschen Paß durch das Beamtenrecht von vornherein verwehrt. Im wesentlichen funktioniert die Ausschließung jedoch durch soziale Mechanismen.



Etwa 44000 Unterschriften haben verschiedene Bürgerinitiativen und Parteien in Köln, darunter Grüne, BUND und je ein SPD- und CDU-Bezirk in der letzten Zeit bereits gesammelt, um den geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage im Kölner Süden zu verhindern.



48000 Unterschriften sind nach der neuen Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen erforderlich, um einen kommunalen Bürgerentscheid zu erreichen. Sie wollen damit ein neues Abfallkonzept der Stadt erzwingen, das ein stärkeres Gewicht auf Abfallvermeidung und Abfallrecycling legt und den bisher geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage und die damit verbundenen Gesundheitsgefahren und drastischen Gebührenerhöhungen vermeidet. — (rül)

IG Metall Essen befaßt Anträge an Gewerkschaftstag

Essen. Die Essener IG Metall-Vertreterversammlung hat bei ihrer letzten Zusammenkunft mehrere Anträge an den Gewerkschaftstag im Herbst befaßt. Vorlagen fünf Anträge des Vertrauenskörpers der Widia GmbH. Beschlossen wurde lediglich ein sehr kurzer Auszug aus einem Antrag: „Tarifpolitisch ist es notwendig, längerfristig die weitere Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu fordern und durchzusetzen.“

Der größte Teil dieses Antrages, bei dem es um Schranken gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit ging, hielten Antragskommission und Mehrheit der Versammlung durch frühere Beschlüsse für abgedeckt, ebenso einen Antrag zum Antifaschismus. Zwei Anträge zur Vertretung der Schwerbehinderten wurden an den örtlichen Schwerbehindertenausschuss der IG Metall verwiesen.

Abgelehnt wurde ein Antrag zur Satzung, der für Streichung der Möglichkeit eines Ausschlusses ohne Verfahren und damit für Annullierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse eintrat. Vor allem um diesen Antrag, der wie die ande-

ren vom Vertrauenskörper der Widia GmbH einstimmig bei wenigen Enthaltungen beschlossen worden war, gab es Diskussion. — (kw)

Hamburg will Abschiebung in Drittländer ausweiten

Hamburg. Flüchtlinge sollen danach nicht nur in ihre Herkunftsländer, sondern auch in andere Staaten der „Gesamtregion“ abgeschoben werden können. Auf Antrag Hamburgs läßt die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder derzeit von einer Arbeitsgruppe prüfen, „ob und inwieweit es möglich ist, in den Fällen ungeklärter Staatsangehörigkeit durch Abschluß von Rückführungsabkommen eine Rückführung auch ohne den Nachweis oder die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates in einen der Gesamtregion zuzurechnenden Vertragsstaat zu ermöglichen und hierzu ggf. entsprechende Kriterien zu entwickeln“. Die bisherige Drittstaatenregelung hat gezeigt, wie die BRD mittels ökonomischen und politischen Drucks Rückführungsabkommen gegenüber anderen Staaten durchsetzt. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es der

EINZELHANDEL

Streiks eingeleitet

Die Tarifverhandlungen über Löhne und Gehälter im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern sind gescheitert.

Auch beim zweiten Termin der vierten Verhandlungsrunde am 2. Juni hatten die Einzelhandelskapitalisten NRW nichts anzubieten, was auch nur entfernt den Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder nachkäme. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) fordert 240 DM mehr Lohn und Gehalt, die Streichung der untersten Lohngruppe IIa, 100 DM mehr für Auszubildende und die Übernahme der Auszubildenden in ein Vollzeitarbeitsverhältnis für mindestens sechs Monate. Ganz neu ist die Forderung nach einem Sicherheitstarifvertrag, durch den die Beschäftigten vor Gewaltanwendung besser geschützt werden sollen.

Das letzte Angebot der Einzelhandelskapitalisten ist mager und sichert den Beschäftigten nichts als die Verschlechterung ihrer Lage. Für die Monate April und Mai soll es nichts geben, ab Juni nur 3,4% mehr Lohn und Gehalt, nicht ge-



rade üppig bei einem Endgehalt für Verkäuferinnen (Gehaltsgruppe I) von derzeit 3060 DM. Über die Sicherheit der Beschäftigten und die Übernahme der Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis soll bestenfalls geredet werden. Beschlossen werden soll aber nichts.

Nach einer Reihe von Warnstreiks bei Warenhausketten in Nordrhein-Westfalen wird die Gewerkschaft HBV jetzt zu Urabstimmungen in den Betrieben und zu Streiks aufrufen. Die Arbeiter und Angestellten im Einzelhandel haben zuletzt vor zwei Jahren in zahlreichen Betrieben gestreikt und sich dadurch einen einigermaßen günstigen Tarifabschluß für zwei Jahre erkämpft. — (anl)

BOSCH

Belegschaft appelliert an Geschäftsleitung

„Stellen Sie sich vor, Ihr Arbeitgeber teilt Ihnen trotz guter Auftragslage mit, daß der Betrieb Anfang des nächsten Jahres geschlossen werden soll. Langzeitarbeitslosigkeit droht Ihnen.“

So geht es uns bei Bosch-Telenorma in Rödermark. Das Bosch-Management auf der Schillerhöhe hat beschlossen, unseren Standort mit 900 Beschäftigten zu schließen. Dagegen wehren wir uns!

Mit diesen Worten auf einem Flugblatt wandten sich am Pfingstsonntag Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauensleute der Firma Telenorma an einem Informationsstand an die Stuttgarter Öffentlichkeit.

Rödermark liegt bei Offenbach am Main. Die Region ist von Betriebsschließungen gebeutelt; die Schließung von Telenorma würde die Beschäftigungs-

situation dramatisch verschlechtern. Telenorma mit 894 Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist der größte Arbeitgeber und Steuerzahler am Ort. Erst vor zwei Jahren hat Bosch weiteres Gelände für eine Erweiterung von der Stadt Rödermark gekauft.

Im letzten Dezember hat die Geschäftsleitung Telenorma noch als starken Standort bezeichnet. Ende März dieses Jahres hat das Bosch-Management die Belegschaft und den Betriebsrat damit konfrontiert, daß es das Werk zum 31. März 1996 schließen will — trotz guter Auftragslage.

„Sicherlich können Sie die Zukunftsängste der Beschäftigten verstehen und sind mit uns der Meinung, daß Bosch gegen elementare Prinzipien sozialen Handelns verstößt.“

— (Ulrike Küstler)

HANNOVER

Metallunternehmen liquidieren Ausbildung

Die hannoversche Metallindustrie bietet Schulabgängern kaum noch die Perspektive einer beruflichen Ausbildung. Die Katastrophenmeldungen reißen nicht mehr ab.

IBM, wo zuletzt noch knapp 50 Azubis beschäftigt waren, wird die Berufsausbildung ganz schließen. Siemens hat in den letzten Jahren die Ausbildung um zwei Drittel reduziert; statt in fünf wird jetzt nur noch in einem Beruf ausgebildet. Ebenfalls weitere Kürzungen sind bei VW zu erwarten, wo von einem höheren Sockel kommend einige Jahre 250 Auszubildende pro Jahr eingestellt wurden, 1991 und 1992 jeweils ca. 250, die beiden kommenden Jahre 200, dieses Jahr faktisch wieder eine leichte Reduzierung geplant ist und zumindest auf Ebene der Unternehmensleitung schon darüber nachgedacht wurde, ob eine Zahl von etwa 130 nicht die richtige Zielmarke sei. Auch Kabelmetal ist weiter auf Reduzierungskurs. Wurden 1992 noch 27 Azubis neu eingestellt, so ist man für dieses Jahr bei einer Zahl von 13 gelandet. Zwar sinken in vielen Betrieben auch die Beschäftigtenzahlen, die Ausbildungsquoten fallen jedoch zumeist stärker.

Die genannten Beispiele zeigen den allgemeinen Trend in der westdeutschen Metallindustrie auf. Hier sind von 1986 bis 1992 die Ausbildungskapazitäten um ca. 40% reduziert worden. Praktische Auswirkung ist unter anderem ein gleichbleibend hoher Sockel der Jugendarbeitslosigkeit. Das Arbeitsamt Hannover weist für April 1995 allein 728 Jugendliche unter 20 Jahren und 4624 Jugendliche unter 25 Jahren als arbeitslos aus. Dies spiegelt eine Quote von 8,7 bzw. 11,7% wider. Auch die weitere Tendenz wird seitens des Arbeitsamtes so gesehen: weniger Stellen mehr Bewerber.

Die Tragweite des Problems entsteht jedoch nicht einfach aus kontinuierlichen Reduzierungen wie bei VW oder Siemens, sondern darin, daß mittlerweile alte

Strukturen industrieller Berufsausbildung definitiv verschwunden sind. Mit dem teilweisen Zusammenbruch des hannoverschen Maschinenbaus ist ein in der Summe auch zahlenmäßig, vor allem aber auch wegen seiner Ausbildungsqualität und Vielfältigkeit bedeutsamer Ausbildungsbereich, fast verschwunden. So sind die Ausbildungsstätten bei Wohlenberg und Gildemeister verschwunden. Troester, wo vormals etwa zehn pro Ausbildungsjahr beschäftigt waren, stellte über zwei Jahre überhaupt keine Auszubildenden ein und wird in diesem Jahr lediglich fünf nehmen.

Tendenziell kann gesagt werden, daß die Unternehmen der ihnen im Rahmen des dualen Systems der Berufsausbildung formal zugeordneten Verantwortung für die praktische Berufsausbildung nicht nachkommen. In der DGB-Jugend ist, wie schon zu Zeiten des Lehrstellenmangels zu Beginn der achtziger Jahre, eine Diskussion entbrannt, wie die Ausbildungspflicht der Unternehmen erzwungen werden kann. Allerdings werden heute verschiedene Möglichkeiten erwogen. Die Anfang der achtziger Jahre erhobene Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Umlagefinanzierung (wie sie z.B. in Dänemark besteht) scheint nur schwer durchsetzbar. Demgegenüber erfassen tarifliche Regelungen (wie sie im Baubereich existieren) nur die tarifgebundenen Unternehmen. In der Diskussion ist auch die Idee einer Lösung auf Kammerenebene, die wie eine gesetzliche Regelung alle Betriebe erfassen und einen Regionalbezug hätte, die jedoch keine Auswirkungen auf deindustrialisierte Regionen wie in den neuen Bundeslän-

dern hätte. Unabhängig von der favorisierten Form jedoch könnten, wie schon Anfang der achtziger Jahre, die Parteien z.B. in Form eines Wahlprüfsteines zu Kommunal- oder Landtagswahlen mit den Forderungen konfrontiert werden. — (rog)



Bundesregierung gelingt, „sichere“ Lager z.B. in den Wüsten großer Flächenstaaten zu mieten, um Flüchtlinge dort hin abzuschleppen und so die Inanspruchnahme der Asylgesetzgebung auf dem Boden der BRD zu verhindern. Ein solches Vorgehen beinhaltet bereits die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung von 1990, wurde aber in den letzten Jahren zumindest öffentlich nicht weiter verfolgt. — (bab)

Selbst Kinder werden wie Kriminelle behandelt

Augsburg. Die Staatsanwaltschaft Augsburg verlangt von den Polizeibehörden die erkenntnisdienliche Behandlung aller Menschen, die im vergangenen Jahr in Bussen von Stuttgart zur Newroz-Feier nach Augsburg fahren wollten und von der Polizei auf der Autobahn von mittags bis in die späten Nachtstunden festgehalten wurden. Die bayerische Justiz bezeichnet die daraus entstandenen Auseinandersetzungen als Augsburger Kurdenausschreitungen oder Krawalle. Wie von den Anwälten einer Stuttgarter Kurdenfamilie zu erfahren war, sollen selbst von Schulkindern Fotos und Fingerabdrücke erstellt

werden. Das angerufene Amtsgericht Cannstadt hatte in einem Urteil diese erkenntnisdienliche Behandlung abgelehnt. Das Landgericht Stuttgart hat dem skandalösen Ansinnen jedoch zugestimmt; es folgt der Behauptung der Augsburger Staatsanwälte, jeder — ob Mann, ob Frau, ob Greis, ob Kind —, der auf der Fahrt zur Newroz-Feier war und die Busse verlassen hat, sei der Nötigung von Staatsorganen oder anderer Straftaten verdächtig. — Ein Schlaglicht auf den Geist der Justizbehörden wirft, daß sie die Akten kennzeichnen durch einen gelben Aufkleber mit der Aufschrift „Ausländer“. — (ulk)

Rechter „BfB“-Aktivist als CSU-Kandidat

Bad Kissingen. Die Gremien der CSU in der Stadt Bad Kissingen wollen mit dem ehemaligen CSU-Mitglied Bruno Bandulet an der Spitze den Posten des Oberbürgermeisters der Stadt von der SPD zurückerobern. Allerdings gehört Bandulet, einst Autor in Blättern wie Student, Criticon und zuletzt noch Ende 1994 Interviewpartner der Jungen Freiheit, mittlerweile dem Präsidium des „nationalliberalen“ und FPÖ-nahen

„Bund freier Bürger — Die Freiheitlichen“ an. Der CSU-Landesleitung paßte aber diese doch sehr offene Zusammenarbeit nicht so ganz und sie lehnte die Bewerbung von Bandulet ab, solange dieser nicht seine Ämter bei Brunners BfB niederlege. Fünf Ortsverbände der CSU und der Jungen Union sprachen jedoch daraufhin in einer „gemeinsamen Erklärung“ Bandulet „ihre Vertrauen“ aus.

— (hma, Antifaschistische Nachrichten)

Zwei Jahr nach den Morden von Solingen

Essen. Eine problematische Gedenkveranstaltung zu den fünf ermordeten Kindern und Frauen der Solinger Familie Genc fand am 30. 5. 1995 in den Räumen des Essener Zentrums für Türkeistudien statt. Zugewogen waren nicht nur viele Mitglieder der türkischen Gemeinde, sondern auch Persönlichkeiten wie Ignaz Bubis und Mevlude Genc. Aus vielen Reden war die ehrliche Anteilnahme am Schicksal der Familie Genc herauszuhören. Die politische Rede jedoch, die der Botschafter der Türkei in Deutschland, Onur Oymen, unwidersprochen halten konnte, verkehrte den

Großteil dieses Konsenses ins Gegenteil. Oymen benutzte den Mordanschlag deutscher Rechtsradikaler nur als Aufhänger, um gegen die angebliche Unterstützung von „türkischen Separatisten“ durch europäische Staaten zu wettern. Ohne die PKK und die Kurden selbst wörtlich zu erwähnen, richtete er sich gegen die Erlaubnis der Niederlande, das kurdische Exilparlament legal in ihrem Land tagen zu lassen. — (w.w.)

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage

Hettendorf. Als vollen Erfolg werteten die Veranstalter/innen die Aktionstage gegen Hetendorf 13. 1700 Leute nahmen an der Demonstration für die sofortige Schließung des faschistischen Tagungszentrums am 3. 6. teil, ca. 800 am Pfingstcamp. Konzerte sowie verschiedenste Veranstaltungen waren gut besucht. An den von der Landjugend veranstalteten „Spielen ohne Grenzen“ nahmen 65 Teams vor allem aus der näheren Umgebung teil. Die auf einer Podiumsdiskussion in Hermannsburg erschienenen Faschisten Roeder und Naumann wurden aus dem Saal gedrängt. — (rec)

Eineinhalb Jahre nach Bischofferode . . .

Gerhard Jüttemann, Ex-Betriebsrat von Bischofferode, auf der BASF-Aktionärsversammlung

In der Kaligrube Thomas-Müntzer in Bischofferode kämpften 1993 etwa 700 Bergleute und Angestellte monatelang um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, teils unter Einsatz von Hungerstreiks, mit Protestmärschen zur Treuhand nach Berlin, mit Anketten vor dem Haupttor der BASF in Ludwigs- hafen u. a. m. Sie konnten die Schließung der Grube nicht verhindern, aber sie hatten für zahlreiche Beschäftigte in der Ex-DDR ein Signal gesetzt, sich nicht weiter von der Treuhand und den Westkonzernen zur Schlachtbank führen zu lassen. Wir dokumentieren die Rede des ehemaligen Betriebsrats im Kali-Bergwerk in Bischofferode, Gerhard Jüttemann, auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung der BASF am 11. Mai 1995. Im Namen seiner Kumpel fordert er das zurück, was ihnen genommen wurde. Jüttemann ist heute als parteiloser Bundestagsabgeordneter Mitglied in der Fraktion Linke Liste/PDS im Bundestag. — (ede)

Jüttemann: „Gesiegt haben Macht und Geld“

„Bis vor anderthalb Jahren habe ich noch in der Kaligrube von Bischofferode gearbeitet und dort als Betriebsrat den Widerstand gegen die Abwicklung unserer Arbeitsplätze mitorganisiert. Wie sie alle wissen, war dieser Kampf im Endeffekt vergeblich. Weder die besseren Argumente, noch wirtschaftliche Vernunft konnten sich in Bischofferode durchsetzen.“

Gesiegt haben in Gestalt der BASF Macht und Geld.

Bei der Abwicklung der ostdeutschen Wirtschaft durch die Treuhandanstalt sind schmutzige Geschäfte durchaus keine Seltenheit gewesen. Aber der Deal von Bischofferode gehört gewiß zu den niederträchtigsten Machenschaften der Breuel-Behörde. Gleichzeitig ist die Hinrichtung der Thomas-Müntzer-Kali-Grube aber auch ein Schulbeispiel für die Politik der Treuhand, an dem glasklar wird, wer Auftraggeber und Absahner einerseits und wer andererseits diejenigen sind, denen das Fell über die Ohren gezogen wurde.

Wie war die Ausgangssituation?

Vor dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik produzierten die zehn ostdeutschen Kali-Bergwerke jährlich 3,5 Millionen Tonnen Kali. Die DDR war der drittgrößte Kaliexporteur der Welt, rund zwei Drittel ihrer Kaliprodukte gingen ins westliche Ausland. In Bischofferode selbst wurde ein spezielles Kali gewonnen, das für Mehrnährstoffdüngerhersteller in Skandinavien, den Benelux-Staaten und Österreich besonders lukrativ war.

Damit ist auch schon gesagt, daß das für die Schließung vieler Ostbetriebe so überzeugend vorgetragene Argument von den weggebrochenen Ostmärkten jedenfalls auf Bischofferode nicht zutrifft. Wir hatten keine nennenswerten Ostmärkte, wir haben fast ausschließlich nach Nord- und Westeuropa exportiert, und diese Exporte sind nach der Wende nicht zurückgegangen, sondern angestiegen.

Anders war die Situation bei der Kasseler Kali + Salz AG, in der sich westdeutsche Kali-Produzenten zusammengeschlossen hatten. Diese Tochter der ehrenwerten BASF hat 1990 den bisher höchsten Verlust in ihrer gesamten Geschichte verbuchen müssen. Da war der Anschluß der DDR an die BRD

gewissermaßen wie ein Gottesgeschenk. Das ehemalige DDR-Kali-Kombinat Sondershausen avancierte zum Treuhand-Unternehmen „Mitteldeutsche Kali AG“ und im nun fünfköpfigen Vorstand waren vier Herren aus dem Westen, unter ihnen Herr Alwin Potthoff, Direktor der Kali + Salz-Hauptverwaltung in Kassel. Wie der Zufall so spielt.

Die Kooperationsgespräche, die dann zwischen der Mitteldeutschen Kali AG und Kali + Salz Kassel stattfanden, waren demzufolge nichts anderes als ein einseitiges Diktat der BASF-Tochter gegenüber den Ostbetrieben. Sie

für die BASF. Denn diese, selbst Mehrnährstoffdüngerproduzent, braucht nur von ihrer Tochter Kali + Salz GmbH das Kali zu Phantasie-Niedrigpreisen aufzukaufen, um horrenden Verluste entstehen zu lassen. Und die Treuhand bzw. ihre Nachfolgesellschaft zahlt — jeden Preis, der Steuerzahler hat's ja. Und keiner findet das kriminell.

Heute steht Deutschland mit 12 bis 13 Prozent der Weltkaliproduktion genau an der Position, die früher die DDR allein innehatte. Was hat daran eigentlich fast anderthalb Milliarden DM gekostet, einschließlich der bis 1997 noch anfallenden auszugleichenden Verluste? Nichts anderes als die Sanierung der von der BASF kontrollierten westdeutschen Kali-Industrie auf Kosten der ostdeutschen. Einer der wichtigsten Beweggründe dabei war das Bestreben, die westdeutschen Kalibetriebe rohstoffmäßig auf eine gesunde Basis zu stellen — auf die Basis nämlich der ostdeutschen Kalivorkommen.

Für diese aus Sicht der BASF außerordentlich wichtigen, weil profitträchtigen Anliegen sind in Ostdeutschland rund 25000 Kali-Arbeitsplätze vernichtet worden, allein in Bischofferode fast 700. Die Thüringer Landesregierung hat für Bischofferode Ersatzdauerarbeitsplätze versprochen. Die Investoren würden Schlange stehen, so hieß es. In Wirklichkeit haben jedoch ganze 30 Bergleute bis jetzt einen solchen Ersatzarbeitsplatz in Bischofferode gefunden im Verlauf von anderthalb Jahren. Es fehlen also nicht weniger als 670 Arbeitsplätze. (...)

Seit 1990 ist der Kalibergbau Ost von seinen westdeutschen Konkurrenten systematisch zerstört worden. Zigtausendmal sind damit im Osten Enttäuschungen, Hoffnungs- und Mutlosigkeit, Zukunftsangst, auch persönliches Leid produziert worden. Das alles war nicht Schicksal, das alles ist nicht vom Himmel gefallen. So groß wie der Verlust der Zehntausende Verlierer ist der Gewinn des einen Siegers: BASF. Sie steht neben anderen in der ersten Reihe der Plattmacher im Osten. Kaum hatte sie wegen der schlechten Auftragslage, und weil sich doch sowieso alles nicht lohnen würde plattgemacht, was plattzumachen war, kam die neue Nachricht: Der Kalimarkt boomt. Nur leider nicht mehr für die Toten. Und deshalb sagen wir hier und heute: Es reicht!

Im Namen der für die Sanierung der westdeutschen Kalibetriebe abgewickelten Kali-Kumpel von Bischofferode und der anderen ostdeutschen Standorte verlangen wir von der BASF — also von der Firma, die jetzt in unserem Geld schwimmt — das zurück, was uns gehört.

Wir fordern:

- Schluß mit der staatsgedeckelten Korruption,
- Schluß mit dieser völlig neuen Qua-

lität von Wirtschaftskriminalität, die das Anschlußgebiet zu einem deindustrialisierten zukunftslosen deutschen Mezzogiorno gemacht hat.

Wir fordern von der BASF Großinvestitionen für den Ersatz der von ihr vernichteten Arbeitsplätze in Ostdeutschland. Es wäre für ein so gewaltiges Unternehmen wie die BASF doch eine Kleinigkeit, einen Industriestandort für die betrogenen ehemaligen Bischofferoder Kali-Kumpel zu errichten. Dieser Standort käme einer Region zugute, in der es heute nur noch fünf Industrie-arbeitsplätze je 1000 Einwohner gibt. Darüber, meine Damen und Herren, sollten Sie einmal nachdenken.“

Reaktionen

Der BASF-Vorstandsvorsitzende Strube hielt Jüttemann gönnerhaft die starke „persönliche Betroffenheit“ zugute. Ansonsten wies er „mit Entschiedenheit“ die Anwürfe als „haltlos“ zurück.

Der millionenschwere Couponschneider Nolt hingegen schloß mit Befriedigung aus den in „kommunistisch verbrämter Form“ vorgetragenen Feststellungen Jüttemanns, daß die BASF hervorragende Geschäfte gemacht habe. Er lese aus Jüttemanns Worten ein „großes Kompliment für die BASF“ heraus.

Ein gemeinsamer Appell

Bliebe noch zu erwähnen, daß im Anschluß an die BASF-Hauptversammlung die beiden dort anwesenden Bundestagsabgeordneten, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz von Bündnis 90/Die Grünen (gewählt in Baden-Württemberg) und Sprecher der „Aktion Alternativer BASF-Aktionäre“ (AABA), der eine Reduzierung der Dividendenausschüttung verlangte, um damit einen „Zukunftsfonds zur Sicherung der Arbeitsplätze bei der BASF“ einzurichten, und Gerhard Jüttemann eine gemeinsame Presseerklärung herausgaben, ein bisher doch noch recht seltener Vorgang. Beide Bundestagsabgeordnete rufen auf, den Aufruf „Nie Wieder“ zu unterzeichnen. Wörtlich heißt es:

„Beide Bundestagsabgeordnete wollen gemeinsam fraktionsübergreifende Anträge initiieren, die die Forderungen des „Nie Wieder“-Aufrufs aufgreifen: — Anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Hitler und seinen Nazi-Schergen müssen die verantwortlichen Hintermänner aus der Wirtschaft in das Rampenlicht gestellt werden. Die IG-Farben Firmen BASF, BAYER und Hoechst und die noch immer existierenden IG Farben in Liquidation müssen anlässlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden.“

— Die angemessene Entschädigung aller IG Farben-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen muß endlich erfolgen.

— Die Nachfolgefirma müssen die Finanzierung und den Erhalt der IG Farben betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.

— Die IG-Farben-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.

— Die IG Farben i. L. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen Blut-Aktien muß sofort unterbunden werden.

— Pensionszahlungen an ehemalige IG-Farben-Verantwortliche müssen eingestellt werden.“



Foto: af/mz

„Dies ist der erste große unbefristete Streik in der Süßwarenindustrie der Bundesrepublik“

Vom 29. Mai bis 12. Juni streikten im Osten der BRD bis zu 4 000 Beschäftigte gegen Niedriglöhne

Das Ziel des Streiks ist eindeutig: Wir brauchen die Angleichung an westliche Entgelte noch vor dem Jahr 2000. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Dörflinger, kann sich aber eine Angleichung erst im Jahre 2014 vorstellen ... Unsere Forderung lautet deshalb unverändert: Im Stufenplan auf 100 Prozent. Also kann es das Arbeitgeberangebot in der dritten Verhandlungsrunde von 6,7 Prozent nicht gewesen sein. Das würde für die unteren Lohngruppen, in denen etwa 70 Prozent der Belegschaften eingebunden sind, gerademal 130 Mark brutto ausmachen. Es geht ja vor allem um Frauen, oft auch alleinstehende, die im Zwei- und Dreischichtsystem arbeiten und am Ende des Monats mit gerademal 1 000 Mark nach Hause gehen müssen.“ So beschrieb die Streikführerin in der Halloren Schokoladenfabrik GmbH in Halle, Rosi

Jänicke, am 2. Juni gegenüber dem „Neuen Deutschland“ die Situation im Streik der Beschäftigten in der Süßwarenindustrie.

Seit dem 29. Mai waren bis zu 4 000 Beschäftigte in mehreren ostdeutschen Süßwarenwerken im unbefristeten Streik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am 10. Juni demonstrierten in Erfurt 1 000 NGG-Mitglieder erneut für ihre Forderungen, nachdem die letzten Verhandlungen am 2. Juni ergebnislos gescheitert waren. Am 11. Juni gaben die Kapitalisten nach: Lohnangleichung bis 1998! (siehe Seite 1). Wir dokumentieren eine Chronologie des Arbeitskampfes, erstellt von der Gewerkschaft NGG, Landesbezirk Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen (Anschrift: Delitzscher Straße 19, 04129 Leipzig, Tel. 0341-5642442, Fax 0341-5642435). — (rül)

Die Chronologie des Arbeitskampfes

Der Entgelttarifvertrag für die Süßwarenindustrie in den fünf neuen Bundesländern ist am 28. 2. 1995 ausgelaufen.

Forderungen

Die Tariffkommission hat in ihrer Sitzung in Erfurt folgende Forderungen beschlossen:

- Angleichung der Entgelte auf 100 % zum Westniveau in Stufen,
- Angleichung der Ausbildungsvergütungen auf 100 % zum Westniveau in Stufen. Die Ausbildungsvergütungen für das 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr sollen stärker angehoben werden.
- Übernahme der Fahrtkosten inkl. zwei Heimfahrten, Unterbringung und Verpflegung für den Blockunterricht an der Zentral-Fachschule der Deutschen Süßwarentechnik in Solingen.

9. März: 1. Verhandlungen in Brehna

Der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie — Landesgruppe Ost — lehnt einen Stufenplan zur Angleichung der Entgelte für die Süßwarenindustrie der fünf neuen Länder ab. Ein Angebot seitens der Arbeitgeber wurde nicht vorgelegt.

5. April: 2. Verhandlung in Brehna

Der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie — Landesgruppe Ost — bietet eine Erhöhung der Entgelte von 5,3 % an.

Die Durchschnittslöhne Ost betragen zur Zeit 70,3 % (2.254,00 DM) der Durchschnittslöhne West (3.206,00 DM). Die Differenz würde sich — den Abschluß von 3,5 % für die Süßwarenindustrie in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt — lediglich um 8,00 DM verringern. Auf diese Art und Weise wird die Angleichung der Tarife weit über das Jahr 2000 hinaus ins Auge gefaßt.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

30. April: Protestkundgebung in Saalfeld/Thüringen. Warnstreiks

Am 10. Mai ruft die Gewerkschaft NGG alle Beschäftigten der Thüringer Schokoladenwerke Saalfeld zum Warnstreik auf. Rund 350 Beschäftigte (von 540) legen am frühen Morgen für einige Stunden die Arbeit nieder. Damit protestiert die Belegschaft gegen die sture Haltung der Arbeitgeber, einen Stufenplan zur Angleichung der Tarifentgelte festzuschreiben. Der Warnstreik wird am 11. Mai fortgesetzt.

Am 12. Mai legen rund 300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Böhme Schokoladen GmbH Delitzsch von 3.00 bis 8.00 Uhr die Arbeit nieder. In diesem Betrieb sind 415 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.

Ebenfalls für mehrere Stunden wur-



Streikposten vor der Halloren Schokoladenfabrik in Halle Anfang Juni. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 1 200 Beschäftigte im Streik, am 10. Juni sogar 4 000 Beschäftigte.

de die Arbeit in den Betrieben Dauerbackwaren GmbH in Wurzen und Halloren GmbH in Halle niedergelegt.

15. Mai: 3. Verhandlung in Brehna

Der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie — Landesgruppe Ost — erhöht sein Angebot um 1,4 % auf 6,7 %. Das Angebot der Arbeitgeber bedeutet Erhöhungen von 104 DM bis 151 DM brutto (untere Entgeltgruppen bis Facharbeitergruppe). Das Tarifniveau würde bei 72 % der West-Tarife liegen. Die Tariffkommission der Gewerkschaft NGG erklärt die Entgeltverhandlungen für die Süßwarenindustrie in den fünf neuen Bundesländern für gescheitert und beschließt, Antrag auf Urabstimmung zu stellen.

Urabstimmung

Am 22. Mai und 23. Mai findet die Urabstimmung in den Betrieben Thüringer Schokoladenwerke Beteiligungs mbH Saalfeld, Böhme Schokoladen GmbH Delitzsch, Wurzenauer Dauerbackwaren GmbH und Halloren Schokoladenfabrik Halle stat. 89,6 Prozent der Mitglieder stimmen für den Arbeitskampf. An der Abstimmung haben sich 91,5 Prozent der Mitglieder beteiligt.

Streik

28./29.5.: In den Betrieben Böhme Schokoladen in Delitzsch und Thüringer Schokoladenfabrik in Saalfeld ist der Arbeitskampf mit der Nachtschicht vom 28. auf den 29. Mai aufgenommen worden.

29.5.: In Saalfeld findet eine Demonstration zum Gewerkschaftshaus statt.

Die Belegschaft der Schöller Eiscreme in Potsdam legt für 3 Stunden die Arbeit nieder.

30.5.: Die Beschäftigten der Wurzenauer

Dauerbackwaren GmbH befinden sich mit der Frühschicht im unbefristeten Streik.

Ebenfalls sind die Beschäftigten der Halloren GmbH in Halle mit der Frühschicht in den unbefristeten Streik getreten.

31.5.: Bei der Firma Friedel-Süßwaren in Wernigerode findet eine Urabstimmung statt. 92,5 % der Abstimmungsberechtigten stimmen für Streik.

Die Beschäftigten der Schöller GmbH und Co. KG in Potsdam legen nach Warnstreik-Aufrufen der Gewerkschaft NGG für einige Stunden die Arbeit nieder.

1.6.: In Delitzsch findet eine Kundgebung mit den streikenden Schokoladenwerkern mit anschließender Demonstration statt.

In Saalfeld diskutieren Vertreter der Gewerkschaft NGG und politisch Verantwortliche auf einer Podiumsdiskussion über die Hintergründe und Ziele des Arbeitskampfes.

2.6.: Im Teigwarenwerk Möwe Waren (Arbeitgeber gehört dem Arbeitgeberverband Süßwarenindustrie an) legen die Beschäftigten für 2,5 Stunden die Arbeit nieder.

2. Juni: Verhandlung in Brehna

Nach achtstündiger Verhandlung zwischen der NGG und dem Bundesverband der Süßwarenindustrie — Landesgruppe Ost — konnte keine Annäherung erzielt werden.

Die Arbeitgeber boten eine Erhöhung in der Facharbeitergruppe um 160 DM brutto ab 1.3.1995 an und weitere 40 DM zum Ende der Laufzeit. Damit würde das Entgelt in den unteren Gruppen A bis D um 110 bis 126 DM steigen.

Dieses Angebot stellt nur eine minimale Erhöhung dar. Bis zum Ende der

Laufzeit läge das Tarifniveau bei 73,9 % der vergleichbaren Westentgelte.

Dies ist für die Tariffkommission kein akzeptables Angebot, da das Ziel — Angleichung der Entgelte auf Westniveau — nicht annähernd erfüllt ist.

7.6.: Seit heute morgen 4 Uhr haben sich auch die Beschäftigten der Friedel Süßwaren GmbH in Wernigerode dem unbefristeten Streik angeschlossen. Die 85 Beschäftigten haben sich bis auf wenige Ausnahmen dem Streik komplett angeschlossen.

Um 10 Uhr besetzten in Köln rund 50 streikende Süßwarenbeschäftigte aus den Thüringer Schokoladenwerken Saalfeld, Böhme Schokoladen GmbH Delitzsch, Dauerbackwaren GmbH in Wurzen und Halloren GmbH Halle für ca. 1 Stunde das Schokoladenmuseum in Köln. Mit der Aktion wollen die Delegationen gegen die Niedriglohnpolitik der Süßwarenindustrie in den fünf neuen Bundesländern protestieren: Des weiteren verteilen die Streikenden vor der Firma Wissoll in Mühlheim, dem „Mutterbetrieb“ der Böhme Schokoladen GmbH in Delitzsch, Flugblätter, in denen sie die Arbeitgeber angreifen. Der Landesbezirksvorsitzende der NGG von Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen, Manfred Werske: „Unsere Aktion in Köln ist auch ein Protest gegen die diskriminierenden Äußerungen des Herrn Imhoff anlässlich der Aktionärsversammlung der Schokoladenfirma Stollwerk im Mai 1995, der die Beschäftigten in der Süßwarenindustrie Ost mit seinen Äußerungen zu Menschen zweiter Klasse degradiert.“

Quelle: Infomaterial der NGG, Landesbezirk Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen, vom 7. Juni 1995

„Hände weg vom Kabelwerk!“

Teilerfolg von Berliner Siemens-Belegschaften gegen Stellenabbau-Pläne des Konzerns

Am Dienstag, den 9. Mai, beteiligten sich über 3000 Kollegen und Kolleginnen an einer Demonstration in Berlin vor dem zentralen Siemens-Verwaltungsgebäude im Saatwinkler Damm. Beteiligt waren alle Belegschaften aus der Siemensstadt, aus den Werken aus anderen Bezirken kamen Delegationen.

Anstoß für diese Arbeitsniederlegungen war die Ankündigung im Siemens-Kabelwerk, bis 1997 die Belegschaft von 600 auf 250 Beschäftigte abzubauen. Der Bereich Mittelspannung soll in Schwerin „konzentriert“ werden und der Bereich Niederspannung nach Ungarn und in die Slowakei ausgelagert werden. Am Standort „erhalten“ werden sollen der Bereich Höchstspannung und die Stabsdienste. Dagegen hatte es im Kabelwerk vor dieser Demonstration schon drei mehrstündige Besetzungen des Werkstores gegeben bzw. Informationsgespräche des Betriebsrats, die halt im Betriebsratsbüro nicht durchzuführen waren.

Ebenfalls sind die meisten Standorte von weiterem Arbeitsplatzabbau bedroht. Allen ist bewußt, wie es anderen ergangen ist: Das Werkzeugmaschinenwerk wurde von 1990 an von ca. 500 Beschäftigten schrittweise auf 250 abgebaut und letztes Jahr ganz dicht gemacht. Ebenfalls geschlossen wurde die Vakuumschmelze (1990: 250 Beschäftigte), das Textendgerätekwerk (2100 Beschäftigte) und das Elektronikwerk Amberg (250 Beschäftigte).

Die bisherigen Aktionen und die geschaffene Öffentlichkeit haben bislang erreicht, daß beim Kabelwerk nicht mehr auf 250, sondern auf 450 Beschäftigte reduziert werden soll. Das war ein Ergebnis, das nach Gesprächen des Sie-

mens-Vorstandsvorsitzenden von Pierer mit den Berliner Betriebsräten und dem Berliner Senat am 6. Juni verkündet wurde. Vom Betriebsrat des Kabelwerkes wird dies als ein erster Schritt angesehen, um einen Kompromiß zu erreichen. Er geht weiter von der Position aus, daß es zu keinen Entlassungen, d.h. zu keinem Sozialplan kommt.

Beigetragen zum Einlenken des Siemens-Vorstandes hat sicherlich auch die Aussage des Senats, daß Siemens sich eine Umwidmung des Betriebsgeländes an der Gartenfelderstr. (Kabelwerk und Hausgerätekwerk) von Industriefläche in Bebauungsgebiet erst einmal abschnicken kann. Gerade Diepgen steigerte sich auf der Kundgebung am 9. Mai zum Vorkämpfer gegen die Kahlschlagsanierung des Siemens-Vorstandes in Berlin — aber dazu später noch einige Anmerkungen. Auf jeden Fall ist es realistisch, daß Siemens mit dem Gelände in der Gartenfelderstr. andere Absichten verfolgt, die profitabler sind als die Kabel- oder Waschmaschinenherstellung.

Der Unmut und die daraus erfolgten Aktionen der Belegschaft des Kabelwerkes hat sich über Jahre angestaut. Der Standort des Kabelwerkes in Spandau/Hakenfelde (ehemals Bergmann-Kabelwerke) wurde 1993/94 geschlossen. Die Fertigung wurde hauptsächlich nach Meißen und Schwerin verlagert, wo Siemens Kabelwerke des ehemaligen Kombinate Kabelwerke-Oberspree übernahm. Das Werk in Meißen hat Siemens mittlerweile abgestoßen. Die Belegschaft der Bergmann-Kabelwerke wurde zum allergrößten Teil in Gartenfelde übernommen bzw. nach und nach mit Abfindungen oder Vorruhestand abgebaut. Im Bereich des ehemaligen

Laufzeit ab 1.6.95 zu bekräftigen. Das Tarifniveau in der chemischen Industrie Ostdeutschlands liegt nach Gewerkschaftsangaben bei etwa 71 Prozent des Westniveaus und damit deutlich niedriger als in anderen Bereichen. Von einer „Angleichung der Lebensverhältnisse“, wie im Einigungsvertrag für 1994 prophezeit war, ist der Chemiebereich noch weiter entfernt als andere. Dieses liegt auch keinesfalls nur an der gewerkschaftlichen Schwäche der IG Chemie, sondern auch an schwierigeren Bedingungen. Die westdeutschen Konzerne, allen voran die IG-Farben-Nachfolger, haben über Treuhand- und sonstige Einflüsse zu verhindern gewußt, daß sich ostdeutsche Chemiefirmen als Konkurrenten placieren konnten. Von einst 180000 Chemiebeschäftigten sind heute weniger als 20 Prozent übriggeblieben.

Es ist ein Fortschritt, daß die IG Chemie jetzt endlich ein festes prozentuales Niveau für die Entgelte Ost anstrebt. Doch dazu wäre eine Erhöhung von ca. 20 Prozent notwendig, um von ca. 71 Prozent ausgehend auch nur annähernd 85 Prozent des Westniveaus zu erreichen. Und damit wären niedrigere Eingruppierungen, nicht vorhandene Entgeltgarantie-Regelungen im Facharbeiterbereich (E 5 bis E 8), nur 65 Prozent Jahresleistung, Arbeitszeit von 40 anstatt 37 Stunden usw. noch nicht einmal berücksichtigt. — (mio)



Betriebsgeländes in Hakenfelde (Halbinsel Maselake) will die Siemens-Beteiligungsgesellschaft im Rahmen der Wasserstadt ca. eine Milliarde in den Wohnungsbau investieren!

In Gartenfeld wurde das Werk letztes Jahr „segmentiert“, d.h. die Belegschaft in die Geschäftsgebiete Nieder-, Mittel- und Höchstspannung neu aufgliedert und dem Werk eine weitere „Schlankheitskur“ auf 750 Mitarbeiter bis Ende 1995 verordnet. Aber damit sei das Kabelwerk dann „olympiareif“ für den Weltmarkt, hieß es Ende letzten Jahres, und es bestehe auf „absehbare Zeit“ eine zuversichtliche Zukunft. Höchstens einige „rote“ Produkte mit einem Umsatz von 10 bis 20 Mio. DM wolle Siemens aus dem Werk (Umsatz schätzungsweise 300 Mio.) nach Osteuropa verlagern. „Absehbare Zeiträume“ sind für Siemens-Manager aber nur noch 4 bis 5 Monate!

Begründet wurde der Kahlschlag damit, daß im „Geschäftsgebiet Starkstromkabel... Verluste in dreistelliger Millionenhöhe entstanden“ seien. Demgegenüber argumentierten der Betriebsrat und die IG Metall, daß es sich bei diesem vorgesehenen Kahlschlag um keine „ökonomische“, sondern um eine „politische“ Entscheidung handelt, denn das Werksergebnis sei in den letzten Geschäftsjahren und auch im laufenden Geschäftsjahr schwarz! Des weiteren sei eine Verlagerung bzw. Konzentration des Mittelspannungsereichs nach Schwerin nicht nachzuvollziehen, da das Werk dort seit Jahren „rote“ Zahlen, also Miese macht! Hier ist mittlerweile bekannt, daß die Rechnung „für“ Schwerin unter der Voraussetzung gemacht wurde, daß die Anlagen dort nicht fünf Tage, sondern sieben Tage die Woche dreischichtig durchlaufen. Ansonsten sei auch dieser Standort nicht überlebensfähig. Außerdem wird in Frage gestellt, ob auf den bestehenden Anlagen in Ungarn oder der Slowakei wirklich „kostengünstiger“ gefertigt

und geliefert werden kann, denn verschiedene Indizien weisen darauf hin, daß sich Siemens mit diesen und anderen Kabelwerken im Ausland Überkapazitäten „eingekauft“ hat, die im Augenblick und auf absehbare Zeit praktisch brachliegen und diese Werke mit hohen Krediten belastet sind. D.h., hier wurde eine politische Entscheidung für „günstigere“ Ausbeutungsbedingungen geschaffen: für Ungarn bzw. die Slowakei, weil dort die Arbeitsstunden für schätzungsweise 3,00 DM zu haben ist und für Schwerin, weil dort eine annähernd 100%ige Auslastung der Anlagen durchsetzbar ist, da die Belegschaft schon mehrere Entlassungsschübe hinter sich hat und einem permanenten Existenzdruck ausgesetzt war und ist.

Der Senat und auch die Betriebsräte der Siemensstandorte fordern vom Vorstand ein „Berlin-Konzept“. Gerade Diepgen hatte sich dafür in den Vordergrund geschoben und für viele eine überraschend scharfe Kritik gegenüber dem Siemens-Vorstand geäußert. Hierbei sollte genau hingesehen werden, für wen und was sich Diepgen stark macht: für den Erhalt der Produktionsstandorte oder für die Umsiedlung von Bereichsvorständen und/oder Vertrieb nach Berlin? Siemens hat seine Führungsetagen auf Erlangen und München verteilt. Diepgens Rede war geprägt von Berlin-chauvinistischen Beschwörungen gegenüber Siemens: aus der Vergangenheit — Siemens und Berlin gehörten schon immer zusammen — und in der Zukunft muß Siemens ein gewichtiger Standort in einer zu schaffenden Metropole sein, nach dem Motto, wo Daimler und Sony schon sind, darf Siemens nicht fehlen.

Die Gefahr von Verlagerungen von Produktionen nach Osteuropa wird bestehen bleiben, weil die günstigeren Ausbeutungsbedingungen hinter der EU-Mauer in Osteuropa weiter existieren. — (nms)

Chemietarife Ost

85 Prozent des Westniveaus gefordert

Die IG Chemie-Papier-Keramik steht in schwierigen Tarifverhandlungen mit den Chemiearbeitgebern Ost (AVCO). In der zweiten Verhandlungsrunde am 30. Mai in Halle haben diese ein katastrophales Angebot vorgelegt: Nach einem Nullmonat im Juni 1995 sollen die Tarifentgelte in drei Stufen um 4 Prozent ab 1.7., weitere 2 Prozent ab 1.12. und um nochmals 2 Prozent ab 1.4.96 erhöht werden bei einer Laufzeit von 15 Monaten bis zum 31.8.96. Obwohl die Tarifsätze nach der dritten Stufe um 8,2 Prozent höher liegen würden als heute, macht das Angebot im Volumen und auf 12 Monate berechnet weniger als 6 Prozent aus. Zurecht hat die Verhandlungskommission der IG Chemie die Vertagung der Verhandlungen beantragt, als die andere Seite kein weitergehendes Angebot machte.

Vor den nächsten Verhandlungen am 15. Juni in Berlin hat die IG Chemie ihre Mitglieder im Chemiedreieck zu einer Demonstration in Merseburg am 12. Juni aufgerufen, um die Forderungen der Gewerkschaft nach Angleichung der Entgeltsätze auf 85 Prozent des westdeutschen Niveaus bei 12 Monaten

Deutsche Truppen auf dem Balkan

Eine Erinnerung an die Wehrmacht-Verbrechen

Kriegsminister Rüge hat vor einigen Tagen anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der Bundeswehr angekündigt, daß Militäreinheiten in den nächsten Wochen ihren ersten Einsatz in Bosnien haben werden.

Vor 50 Jahren standen schon einmal deutsche Truppen auf dem Balkan. Noch heute sind die Massaker der deutschen Wehrmacht an der Zivilbevölkerung in der jugoslawischen Bevölkerung gegenwärtig. Ein Einsatz deutscher Truppen wird auf vielfältige Weise mit dieser Vergangenheit konfrontiert werden.

Am 6. April 1941 wurde Jugoslawien ohne Kriegserklärung überfallen. 611 Kampf- und Jagdflugzeuge griffen die durch keinerlei Luftabwehr geschützte

jugoslawische Hauptstadt an. In zwei Tagen und einer Nacht zerstörten 440 Tonnen Brand- und Splitterbomben weite Teile Belgrads. Das war der Auftakt zu einer der größten Ausrottungsaktionen gegen Menschen, an denen die Wehrmacht beteiligt war. Der „Vergeltungspolitik“ eines General Böhme fielen allein in den Monaten Oktober bis Dezember 1941 mehr als 25 000 Menschen zum Opfer.

Als im August 1942 General Löhr als Wehrmachtbefehlshaber Südost in Saloniki eingesetzt wurde, berichtete ihm der Chef der Militärverwaltung in Serbien, SS-Gruppenführer Harald Turner stolz: „... Judenfrage ebenso wie die Zigeunerfrage völlig liquidiert.“

* * *

Serbien einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst.“

Die nachfolgenden Dokumente bilden nur einen kleinen Ausschnitt des Wütens deutscher Truppen:

— Dokument 1, ein Befehl Böhmes an alle Wehrmachtstruppen in Serbien, bildet die formelle Grundlage für die darauf folgenden Massaker der Wehrmacht an Juden, Zigeunern und Serben.

— Dokument 2: Befehl Böhmes zur Säuberung des sogenannten Save-Bogens.

— Dokument 3: Bericht über die Erschießung von Juden.

— Dokument 4: Bericht über das Massaker in Kraljevo. — (hav)

DOKUMENT 1

„1.) In Serbien ist es auf Grund der ‚Balkanmentalität‘ und der großen Ausdehnung kommunistischer und national getarnter Aufstandsbewegungen notwendig, die Befehle des OKW in der schärfsten Form durchzuführen. Rasche und rücksichtslose Niederwerfung des serbischen Aufstandes ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag zum deutschen Endsieg.“

2.) In allen Standorten in Serbien sind durch schlagartige Aktionen umgehend alle Kommunisten, als solche verdächtige männliche Einwohner, sämtliche Juden, eine bestimmte Anzahl nationalistischer und demokratisch gesinnter Einwohner als Geiseln festzunehmen. Diesen Geiseln und der Bevölkerung ist zu eröffnen, daß bei Angriffen auf deutsche Soldaten oder auf Volksdeutsche die Geiseln erschossen werden. (...)

3.) Treten Verluste an deutschen Soldaten oder Volksdeutschen ein, so haben die territorial zuständigen Kommandeure bis zum Regimentskommandeur abwärts umgehend die Erschießung von Festgenommenen in folgenden Sätzen anzuordnen:

a) Für jeden getöteten oder ermordeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen (Männer, Frauen oder Kinder) 100 Gefangene oder Geiseln.

b) Für jeden verwundeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 50 Gefangene oder Geiseln.

Die Erschießungen sind durch die Truppe vorzunehmen. Nach Möglichkeit ist der durch den Verlust betroffene Truppenteil zur Exekution heranzuziehen. (...)

5.) Die bei Kampfhandlungen von der Truppe gefangenen Kommunisten sind grundsätzlich am Tatort als abschreckendes Beispiel zu erhängen oder zu erschießen.

6.) Ortschaften, die im Kampf genommen werden müssen, sind niederzubrennen, desgleichen Gehöfte, aus denen auf die Truppe geschossen wird.“

DOKUMENT 2

„1. Feindliche Banden unter der Führung ehemaliger serbischer Offiziere sind im Save-Bogen westlich der Linie (Sremska) Mitrovica, Sabac und südlich davon in dem ausgedehnten Berggelände gemeldet. Die Bevölkerung in der Niederung zwischen Drina und Save hat sich der Aufstandsbewegung angeschlossen. Frauen und Kinder besorgen den Nachrichtendienst und halten die Verpflegung der herumziehenden Banden aufrecht. Die Gesamtheit der Bevölkerung ist somit an dem Aufstand beteiligt.“

2. Die Niederung im Drina- und Savebogen, die die Verpflegungsbasis der Aufständischen darstellt, ist unter Vernichtung auftretender Banden zu säubern, um den Aufständischen die weitere Versorgung aus dieser Gegend auf

lange Zeit abzuschneiden. Durch rücksichtslose Maßnahmen muß erreicht werden, daß ein abschreckendes Beispiel, das in kurzer Zeit in ganz Serbien bekannt wird, geschaffen wird.

(...) Feindlicher Widerstand ist rücksichtslos zu brechen. Alle Beteiligten, die sich in irgendeiner Form am Kampf beteiligen, sind als Freischärler anzusehen und als solche zu behandeln. Alle Siedlungen, aus denen oder in deren Nähe die deutsche Truppe beschossen wird, oder in deren Nähe Waffen und Munition gefunden werden, sind niederzubrennen.

Die gesamte männliche Bevölkerung von 15-60 Jahren ist festzunehmen und zunächst in von der Division einzurichtende Gefangenen-Sammelstellen abzuführen. Sie ist später abschnittsweise zum Arbeitseinsatz, insbesondere zur Niederlegung der Maisfelder an Durchgangsstraßen und zum Einbringen der Ernte zu verwenden. Die gesamte weibliche Bevölkerung ist vom ersten Tag an zu den gleichen Arbeiten heranzuziehen oder zum Arbeitseinsatz zu zwingen.

Auf besonderen Befehl sind die Gefangenen in besondere, vom BfH. Serbien einzurichtende Konzentrationslager nördl. der Save abzuschicken und die weibliche Bevölkerung auf das Cer-Gebirge nach Süden abzurängen und die Ortschaften und Gehöfte unter Schonung der Erntevorräte niederzubrennen. Viehbestände sind laufend in Viehsammelstellen, die von der Division unmittelbar beiderseits der Save einzurichten sind, zusammenzutreiben.“

DOKUMENT 3

Liepe, Oberleutnant und Kompaniechef 13. 10. 1941

Feldpostnummer 26 557

Bericht über die Erschießung von Juden am 9. und 11. 10. 1941.

1. Auftrag:

Am 8. 10. 41 wurde die Erschießung von 2200 Juden, die sich im Lager von Belgrad befinden, befohlen.

2. Leitung und Teilnahme:

Oberleutnant Liepe und Kameraden der Feldeinheit 26 557 (3. Kompanie, II. Abteilung / ANR 521 — W.M.) und 06 175 (4. Kompanie, II. Abteilung / ANR 521 — W.M.) von denen 2 Offiziere und 20 Mannschaften gefallen und 16 vermißt und 3 verwundet sind.

3. Ärztliche Betreuung und Aufsicht:

Oberarzt Dr. Gasser, Feldeinheit 39 107 und Sanitätsunteroffizier Bente der Einheit 26 557.

4. Transport und Fahrzeuge:

Transport und Bewachung der Gefangenen erfolgte durch die beteiligten Einheiten. Fahrzeuge wurden von der Fahrbereitschaft der Feldkommandatur Belgrad zur Verfügung gestellt. Der Transport der beteiligten Soldaten erfolgte mit Heeresfahrzeugen.

5. Ort der Handlung:

Am 9. 10. 41 — Wald etwa 12 km nordostwärts Kovin (Umgebung von Pance-

vo — W.M.). Am 11. 10. 41 — Umgebung Schießstand Belgrad an der Straße nach Nisch (Truppenschießstand Avala — W.M.).

6. Sicherheit und Verschleierung:

Erfolgte im engsten Einvernehmen mit der Sicherheitspolizei in Belgrad und Pancevo.

7. Film und Aufnahme:

Propaganda-Kompanie „S“.

8. Aufsicht:

Oberleutnant Liepe, Leutnant Viebrans, Leutnant Lüstraeten, SS-Oberscharführer Enge, Sicherheitspolizei Belgrad.

9. Ausführung:

Nach gründlicher Erkundung des Platzes und Vorbereitung erfolgte die erste Erschießung am 9. 10. 1941. Die Gefangenen wurden mit ihrem Notgepäck von dem Lager in Belgrad um 05.30 Uhr abgeholt. Durch Ausgabe von Spaten und sonstigem Arbeitsgerät wurde ein Arbeitseinsatz vorgetäuscht. Jedes Fahrzeug wurde nur mit 3 Mann bewacht, damit aus der Stärke der Bewachung keine Vermutungen über die wahre Handlung aufkommen sollten.

Der Transport erfolgte ohne jegliche Schwierigkeiten. Die Stimmung der Gefangenen während des Transportes und der Vorbereitung war gut. Sie freuten sich über die Entfernung vom Lager, da angeblich ihre Unterbringung dort nicht wünschgemäß wäre. Die Gefangenen wurden 8 km von der Erschießungsstelle beschäftigt und später nach Gebrauch zugeführt. Der Platz wurde ausreichend bei der Vorbereitung sowie Erschießung gesichert. Die Erschießung erfolgte mit Gewehr auf eine Entfernung von 12 Meter. Für jeden Gefangenen wurden 5 Schützen zum Erschießen befohlen. Außerdem standen dem Arzt 2 Schützen zur Verfügung, die nach Anweisung des Arztes den Tod durch Kopfschüsse herbeiführen mußten. Die Wertgegenstände und überflüssigen Sachen wurden unter Aufsicht genommen und später der NSV bzw. der Sicherheitspolizei zugeführt.

Die Haltung der Gefangenen beim Erschießen war gefaßt. Zwei Leute versuchten die Flucht zu ergreifen und wurden dabei sofort erschossen. Einige brachten ihre Gesinnung dadurch zum Ausdruck, daß sie noch ein Hoch auf Stalin und Rußland ausbrachten. Besondere Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen. Die Einheiten rückten befriedigt in ihre Quartiere ab. (...)

Liepe (handschriftliche)
Oberleutnant und Kompanie-Chef.

DOKUMENT 4

Während des Rückzugs aus dem südlichen Teil Serbiens im Oktober 1941 richteten die in den Städten Kraljevo und Kragujevac stationierten Wehrmachtseinheiten zwei Massaker an, die heute noch als Symbol für die Kriegsverbrechen der nationalsozialistischen Besatzer in Jugoslawien gelten.

Am 16. Oktober 1941 führten Verbände der 717. Infanteriedivision (ID) Hausdurchsuchungen in Kraljevo durch; Menschen wurden aus ihren Wohnungen geholt und zusammengetrieben. Der Ortskommandant erließ einen Befehl, in dem er den Fortgang des Massakers ankündigte: „Mit dem heutigen Tag tritt für das Volk dieses Gebietes das Gesetz schwierigster Repressalien ein, d. h. es werden nicht nur 100 Serben für einen Deutschen erschossen, sondern es werden auch die Familien und der Besitz vernichtet.“ Augenzeugenberichte von überlebenden Bewohnern der Stadt geben uns ein Bild darüber, was sich in diesen Tagen in Kraljevo ereignete:

„Als sich in der Umgebung von Kraljevo die Kämpfe abwickelten, haben die deutschen Behörden in Kraljevo angefangen, die Bevölkerung aus ihren Häusern, Straßen und Werkstätten zu treiben und in ein Lager zu sperren, welches sich im Hof einer Waggonfabrik befand. Streifen der deutschen Wehrmachtstruppen gingen von Haus zu Haus und haben aus denselben alle Männer, angefangen von den Kindern im Alter von 14 Jahren bis zu Greisen von 60 Jahren und darüber, herausgejagt. Alle diese Bürger wurden mit über dem Kopf erhobenen Händen in kleineren Gruppen durch die Stadt geführt, und dann in größeren Gruppen, und so in das Lager der Waggonfabrik getrieben. Vor dem Lager wurden sie von den deutschen Soldaten gezählt, legitimiert und in Bücher eingetragen und dann in den allgemeinen Kreis des Lagers gesperrt. Aus diesem Lager wurden von den Deutschen Gruppen von je 100 Bürgern herausgenommen und aus dem Lager geführt, wo sie an dem schon vorher bestimmten Platz vor offenen Gräbern vor ein Maschinengewehr gestellt und erschossen wurden. Nachdem die so hingeführte Gruppe der Bürger unter der Feuerwirkung des Maschinengewehrs hingemacht wurde, gingen die deutschen Soldaten unter die toten Bürger und jeder, der noch ein Lebenszeichen von sich gab, oder den sie noch nicht ganz tot glaubten, wurde durch einen Schuß aus der Maschinengewehr- oder Pistole vollends getötet. Nach der Liquidierung einer Gruppe führten die Deutschen auf dieselbe Art und Weise die zweite Gruppe herbei usw.“

Allein am 16. Oktober 1941 erschossen Angehörige des 749. Infanterieregiments (IR) und des 737. IR der 717. ID als „Vergeltung“ für Tags zuvor bei Artilleriekämpfen 14 getötete und 20 verwundete Soldaten „insgesamt 1736 Männer und 19 kommunistische Frauen.“ (...)

Literatur:

Walter Manoschek: „Serbien ist Judenfrei“, Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42. München, 1993.
Europa unterm Hakenkreuz ..., Bd. 6, hrsg. vom Bundesarchiv, Berlin, Heidelberg 1992.

„Für besseren Umgang mit der Wissenschaft und Pluralismus in der PDS“

Interview mit Uwe-Jens Heuer über das neugegründete „Marxistische Forum“ in der PDS

Die 38 Unterzeichner des „Sorge-Papiers“ haben am 6. Juni ein „Marxistisches Forum“ der PDS gegründet.

Du hast von der Absicht gesprochen, marxistische Diskussionen in der PDS stärker zu befördern und theoretische Defizite zu überwinden — ein sicher auch für West-Linke interessantes Vorhaben. Welche Vorstellungen habt ihr?

Uns bewegt, daß es in der Partei nach der 1. Tagung des 4. Parteitages im Januar 1995 eine gewisse Unruhe gibt. Ein erheblicher Teil der Mitglieder hat das Gefühl, daß sich Veränderungen vollziehen haben, die sie nicht richtig bestimmen können. Ich wiederhole: ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft. Hans Modrow spricht von 50%.

Zum anderen verzeichnen wir in der Intelligenz, aber auch in ihrem Umfeld, die Meinung, daß es in der PDS eine gewisse theoretische Unbedenklichkeit gibt, die sich in der Verabschiedung vom Marxismus zu Gunsten einer „Moderne“-Theorie ausdrückt. Es wird auch ein Zusammenhang zwischen dieser Unbedenklichkeit und der Neigung zu einer pragmatischen Strategie und Taktik der Partei gesehen. Beide Erscheinungen sind m. E. nicht identisch. Die 38 Unterzeichner wollen aber beides miteinander verbinden und erreichen, daß theoretische Themen diskutiert werden, die mit der Strategie der PDS verbunden sind. Das könnte dazu beitragen, diese strategischen Unsicherheiten zu beseitigen, für die ja das Erscheinen der unterschiedlichsten Grundsatzpapiere vor dem Parteitag ein Ausdruck war.

Unser Hauptanliegen ist die Diskussion theoretisch-strategischer Themen. Niemand ist in der Lage, fünf Jahre nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ verbindliche Antworten zu geben. Das ist uns allen klar, aber wir sollten doch mindestens, daran arbeiten, vorhandenes Rüstzeug an der völlig neuen Situation zu erproben. Man muß vieles, was unsere Vergangenheit und bisheriges Denken betrifft, in Frage stellen.

Es geht keineswegs um ein einfaches Zurück. Dietmar Keller hat in einer Diskussion in der Bundestagsgruppe einmal davon gesprochen, man müsse völlig neu denken lernen. Ich habe darauf gesagt, daß das so einfach nicht möglich sei. Man könne höchstens „völlig neu glauben“. Wir aber sollten an unsere gemachten Erfahrungen anknüpfen, vieles überprüfen.

Unser Anliegen ist es (siehe auch die Veranstaltung in Berlin-Hohenschönhausen), öffentlich die Politik der PDS und des Bundesvorstandes kritisch zu begleiten. Das heißt miteinander zu sprechen, nicht nur Papier zu beschreiben, sondern öffentlich zu diskutieren.

Für mich ist die Diskussion um eine Ideologie- oder Politikpartei unsinnig, denn eine Partei muß theoretische Grundlagen haben. Sie kann nicht nur Politik machen, um an der Macht beteiligt zu sein oder sie zu wollen.

Dabei bin ich mir völlig darüber im klaren: Das Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft ist sehr kompliziert. Ich denke aber auch, daß Pragmatismus allein zur Anpassung an die bestehenden Verhältnisse führt.

Es geht um eine kluge Kombination von Politik und Wissenschaft. Eine Gegenüberstellung ist falsch (siehe dazu

die 1. Tagung des 4. Parteitages: Es war ein „Ideologie“-Parteitag).

Wie soll das konkret aussehen?

Wir wollen Themen aufgreifen, die in der PDS kontrovers diskutiert werden. Es geht um theoretische Fragestellungen. Vor allem um eine Analyse der heutigen Welt: Ist sie die „Moderne“ oder ist es „Kapitalismus, und wie hat sie sich verändert“?

Zwei Probleme könnten es sein:

— Ist die Gesellschaft, in der wir leben, eine kapitalistische oder ist es etwas anderes, und

— welche Grundtendenzen der Entwicklung können wir in der Welt nach 1990 erkennen? Haben wir es z. B. mit einer generellen Rechtsentwicklung in der Welt zu tun und/oder ist ein Sieg eines wirklichen Reformbündnisses möglich?

Deshalb wollen wir uns zuerst mit dem Thema „In welcher Gesellschaft leben wir?“ befassen. Es interessiert eine allgemeine Charakteristik der Gesellschaft und wie hat sie sich seit 1990 entwickelt. Hier wollen wir nicht nur die BRD sehen, sondern Entwicklungstendenzen unserer heutigen Welt überhaupt bedenken. Eigentlich geht es auch um die Auseinandersetzung mit der These Andre Briès vom modernen Kapitalismus und der Zivilgesellschaft.

Nach unserer Meinung schließt diese Analyse auch die Beantwortung der Frage ein, welche Kräfte wirken, wie sind sie zu analysieren. Klar, es gibt jetzt einen Streit: Gibt es Klassenkampf oder nicht? Natürlich kann es keine Vereinfachung im Sinne der orthodoxen Betrachtungsweise in der DDR geben. Vieles ist komplizierter und differenzierter zu betrachten. Es soll gefragt werden, welche Kräfte auf die Veränderung der Gesellschaft einwirken.

Wie soll denn ein Gesellschaftsvertrag aller Klassen und Schichten aussehen? Eine Sicht auf die Welt, ohne die sozialen Kämpfe zu beachten, ist nicht möglich. Das führt doch hin zu den Voraussetzungen für einen Reformaufbruch in der Gesellschaft.

Mir scheint, Gegenkräfte in der heutigen Gesellschaft sind nur sehr undeutlich auszumachen. Aussagen zur weite-

ren Entwicklung sind schwer, aber der Kapitalismus stellt für die Menschheit eine Gefahr dar. Wo sind die Gegenkräfte? So einfach wie zu Zeiten Marx ist es nicht mehr, und so scheint es notwendig, die Voraussetzungen zu analysieren, die für ein breites Reformbündnis vorhanden sind.

Peter Weiß hat in seinem Buch „Ästhetik des Widerstandes“ schon frühzeitig erkannt, welche Bedrohungen für die Menschheit existieren, und sah auch die Schwäche der Gegenkräfte, was ihn in der DDR nicht sehr beliebt machte. Wir haben es nicht gesehen!

Ein nächstes Thema könnte sein: „Was heißt demokratischer Sozialismus?“ Sozialismus als Zielvorstellung für die heutige Welt. Das schließt ein, was das für die gegenwärtige Politik bedeutet. Was ist denn überhaupt Sozialismus? Wird er durch die Eigentumsfrage definiert?

Für manche in der PDS erscheint die Sache gegenwärtig bedeutungslos zu sein, denn da wird von der „Verfügung“ über Eigentum geredet. Aber nach den bitteren Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus“ müssen wir uns doch die Frage vorlegen, was für ein Eigentum meinen wir denn eigentlich. Was heißt Vergesellschaftung, was heißt Verstaatlichung?

Gehen wir nach der Bedeutung des Namens der PDS, so scheint mir: Es geht um eine enge Verbindung von Sozialismus und Demokratie. Aber was heißt das für die Gegenwart?

Wir denken auch, daß es um unsere Sicht auf die DDR geht. Natürlich ist die PDS keine Partei von Historikern. Ostdeutschland ist realistisch gesehen in der BRD weit unterlegen. Die Interessen der Ostdeutschen werden mißachtet. Die DDR-Geschichte wird verzerrt. Bahrng spricht von den „verzerrten Menschen“ in Ostdeutschland. Für die PDS kann es doch nur um die Verteidigung der Gegenwart und Zukunft der Menschen in Ostdeutschland gehen.

Dazu brauchen wir eine sehr kritische Sicht auf unsere Geschichte. Die Geschichte der DDR kann nur radikal analysiert werden. Aber so, wie auf dem Parteitag mit dem Stalinismusverdikt operiert wurde, schwächt das objektiv die Interessen der Ostdeutschen. Muß uns aus der Vergangenheit ein Ma-

kel erwachsen oder können wir aus ihr unsere erforderliche Stärke nehmen. Gibt es einen „Gewinn der Niederlage“?

Die Geschichte der DDR ist für uns die Grundlage, um aus ihr kritische Lehren zu ziehen. Die Sicht auf die DDR kann nur im Zusammenhang mit unseren heutigen Kampf beantwortet werden.

Ein weiteres Thema wäre der Grundkonsens der PDS. Was bedeuten Erneuerung und Reform? 1989/90 ging es in der PDS nicht um eine Absage an die DDR. Es ging um Erneuerung und Reform. In bezug auf die PDS heute frage ich, wie lange kann man sich erneuern und reformieren? Was soll am Ende dieses Weges stehen?

Ich sehe auch nicht eine Konfrontation von Reformern und Konservativen in der PDS. Mehr aber schon, ob der vereinbarte Pluralismus Hemmnis oder Grundlage der Existenz der PDS ist.

Ist der Pluralismus ein für alle Mal festgeschrieben oder geht es um die „Geschlossenheit“ der PDS ohne Pluralismus?

Wir wollen diese Themen nacheinander behandeln. Veranstaltungen sind für September, November 1995 und Januar 1996 vorgesehen.

Von Linken im Westen hört man, daß Euer Auftreten den Pluralismus in der PDS stärkt. Welchen Beitrag kann ein Marxistisches Forum für einen fruchtbaren Dialog unter Linken in Deutschland leisten?

Unter den 38 Unterzeichnern sind einige West-Linke (Laura von Wimmersberg, Heinz Jung, Kuno Füssel). Aber eigentlich zu wenig. Wir sind sehr am Gespräch interessiert.

Das ist besonders notwendig, da die PDS mit ihrer Zielstellung während der Bremenwahl keinen Erfolg hatte. Da betrifft vor allem auch den Westaufbau der PDS. Es war wohl auch schwerlich zu erwarten, in solch kurzer Zeit eine Stimmungsumschwung zu erreichen. Alles andere waren Illusionen. Die Grundstimmung zum Osten im Westen bleibt. Sie ist nun einmal anti kommunistisch.

Und dieser Antikommunismus hemmt den Westaufbau. Es bleibt der Ost-West-Konflikt. Wir müssen sich mit längeren Fristen rechnen, ehe wir das überwinden. Es hilft weder den Osten noch dem Westen, wenn wir Illusionen haben.

Jedenfalls ist das eine Überlebensfrage für die PDS, deren Basis Ostdeutschland ist und bleibt.

Es ist deshalb alles zu begrüßen, was den Dialog zwischen Ost- und West-Linke erleichtert, der schwierig ist. Es gibt andere Traditionen, andere Umgangsformen, auch eine andere Geschichte.

Wir hören aber auch Zustimmung zu unserem Auftreten aus den westlichen Bundesländern. Interesse an Gesprächen kam z. B. aus der Universität Würzburg. Das Interview mit Euch bringt mich auf den Gedanken, daß wir Veranstaltungen, wie hier geplant, unter Umständen auch an bestimmten Universitäten im Westen machen sollten.

Habt Ihr vor, auch einen gezielten Dialog im Westen zu führen? Wie seid Ihr erreichbar?

Fortsetzung nächste Seite oben

Marxistisches Forum der PDS gegründet

Am 6. Juni 1995 gründeten Mitglieder und Sympathisanten der PDS, unter ihnen viele Unterzeichner des Appells „In großer Sorge“, ein „Marxistisches Forum“.

Zweck des Gremiums ist es, — die soziale, ökonomische und politische Situation mit den Mitteln des Marxismus zu analysieren, — die marxistische Theorie unter den konkreten Umständen weiterzuentwickeln und — zur theoretischen Fundierung der Politik der PDS beizutragen.

Dazu sind zunächst folgende Diskussionsveranstaltungen geplant

1. „In welcher Gesellschaft leben wir?“ Termin: 11. September 1995, Berlin.
2. „Deutschland und der nächste Krieg“. Zu den Perspektiven der deutschen Außenpolitik, Ende September, Leipzig.
3. „Leben in der DDR — Makel oder ...?“ im November, Berlin.
4. Der Grundkonsens der PDS — Was bedeuten Erneuerung und Reform?, Januar 1996, Berlin.
5. „Was heißt demokratischer Sozialismus?“, Termin und Ort noch offen.

Das Forum wird durch Gerhard Branstner, Uwe-Jens Heuer, Volker Kühlow und Laura von Wimmersberg als Sprecher und Sprecherin vertreten. (Presseerklärung vom 6. Juni 1995)

Fortsetzung von Seite 13:
Marxistisches Forum gegründet ...

Nun, wir befinden uns ja mal erst im Geburtsstadium. Ich denke auch, daß wir keine überzogene Organisation wollen. Ich selbst bin über die Gruppe der PDS im Bundestag zu erreichen. Andere Möglichkeiten haben wir noch nicht.

Vielleicht gehen wir an bestimmte Universitäten und führen dort Diskussionen durch.

Das könnte aber allerhöchstens im nächsten Jahr passieren. Vielleicht macht Ihr einen Vorschlag?

Wie beurteilst Du die Möglichkeiten, den Dialog in der PDS fruchtbar und auf Inhalte gerichtet zu führen? Welchen Eindruck hast Du von Eurem ersten Auftreten in Berlin-Hohenschönhausen und den Reaktionen darauf?

Das ist eine schwierige Frage. Die Mehrheit weiß nicht recht, wie sie unseren Aufruf verstehen soll. Viele fragen, warum schon wieder Streit? Es gibt ein gewisses Harmoniebedürfnis in der PDS. Das kann noch Ergebnis des DDR-Denkens sein, aber auch ein Grundanliegen ausdrücken. Das ist schwer zu personalisieren. Andere sagen wieder, muß das sein? Vor allem keinen Streit in der Öffentlichkeit!

Doch ich denke, daß Klarheit nötig ist. Persönlich hoffe ich auf ruhigere Zeiten in der PDS, weg von aufgeregten Reaktionen und zu einer Situation, in der wir ruhig und gelassen arbeiten und diskutieren können.

Wir haben in Berlin-Hohenschönhausen kein Öl ins Feuer gegossen! Wir werden auch bei unserem sachlichen Ton bleiben.

Und überhaupt: Unser Auftreten jetzt hat überhaupt nichts mit dem Bremer Ergebnis zu tun. Vor allem — und das ist für mich eigentlich wichtig — können wir nicht immer davon ausgehen, daß wichtige Ereignisse, siehe z.B. Wahlen ins Haus stehen. Die sind fortwährend aktuell. Richten wir uns danach, wäre keine theoretische Diskussion mehr möglich.

Noch einmal: Hohenschönhausen war sachlich. Wir wollen einen fruchtbaren Dialog. Und dieser ist möglich. Ich hoffe da auf eine wesentliche Besserung der Atmosphäre.

Euer Anliegen ist, zum Schluß noch einmal kurz zusammengefaßt?

Ich denke schon, daß es uns vor allem um die Zusammenfassung des intellektuellen Potentials geht, das in der PDS und um die PDS vorhanden ist. Manche bezeichnen uns als das „Professorenkollegium“. Es ist wahr; es sind vor allem Ältere, die sich dem Aufruf angeschlossen haben. Es ist schon ein Problem für die PDS, wenn man den Altersdurchschnitt generell in der Partei sieht. Aber die Hochschulen sind bürgerlich und ich sehe die Notwendigkeit, unsere Erfahrungen und unser Wissen weiter zu tragen — auch und gerade an die nächste und vielleicht noch mehr an die übernächste Generation.

Für die PDS ist deshalb die theoretische und Bildungsarbeit von großer Bedeutung. Deshalb sind wir in die Öffentlichkeit gegangen und suchen die Diskussion in der Partei. Vor allem aber auch den Dialog mit dem Parteivorstand.

Die PDS hat Bildungseinrichtungen, die eine gute Arbeit leisten. Wir wollen sie nicht übergehen. Wir suchen die öffentliche Diskussion.

Wir bedanken uns für das Gespräch.
(Das Gespräch führte Achim Wahl von der Ost-Redaktion, PDS Berlin-Hellersdorf.)

Linke Sommerschule in Schnepfenthal 1995

Zum 7. Mal lädt die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung bei der PDS Thüringen zur Linken (Sommer-)Schule Schnepfenthal ein. Die Schule beginnt am 27. Juli (Donnerstag), um 13.00 Uhr (Mittagessen vorher möglich) und endet am 30. Juli mittags (Sonntag).

Die Schule findet wie bisher statt im Hotel Hermannstein, 99880 Schnepfenthal (Waltershausen, Thüringen), Tel. (03622) 2917. Die Unterbringung erfolgt in Zwei- oder Dreibettzimmern. Die Kosten für Vollpension betragen pro Tag DM 52,— (minus DM 5,— im Dreibett, plus 10,— DM im Einzelzimmer).

Da wir mit der Ankündigung sehr spät dran sind, wird um schnellstmögliche Anmeldung gebeten.

Für Teilnehmende aus dem Westen bei: GNN-Verlag Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax 040/3898331. Telefonische Anmeldung nur bis zum 22. Juni, danach schriftlich oder per Fax!

Für Teilnehmende aus dem Osten bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. 0365/7101988.

Eine ausführliche Ankündigung folgt im ARGE-Rundbrief, der den nächsten Politischen Berichten beiliegt.

AG Philosophie

Bei unseren Versuchen, uns mit philosophischem Denken auseinanderzusetzen, nicht zuletzt um daraus Gesichtspunkte zur notwendigen Neuorientierung emanzipatorischer Theorie und umwälzender Praxis zu gewinnen, wollen wir uns diesmal mit der klassischen Philosophie der Antike befassen.

PDS-Bundesschiedskommission in Sachen BWK-AGs in der PDS

Berlin. Anfang März hatte der PDS-Parteivorstand bei der Bundesschiedskommission ein Schiedsverfahren gegen die in westlichen Landesverbänden gebildeten „Arbeitsgemeinschaften BWK in und bei der PDS“ beantragt. Die Arbeitsgemeinschaften seien satzungswidrig und Ergebnis einer nicht erwünschten „Parteienfusion“, lauteten — kurz gefaßt — seine Vorwürfe. Nach zwei Anhörungen hat nun die Bundesschiedskommission nach Auskunft ihrer Geschäftsstelle am 11. Juni (sinngemäß) entschieden: Der Antrag des Parteivorstandes ist in der vorliegenden Form nicht geeignet, um ein Verfahren vor der Bundesschiedskommission zu rechtfertigen. Ein solches Verfahren wird also nicht eröffnet.

Die Bundesschiedskommission wird ihren Beschluß demnächst im PDS-Pressedienst veröffentlichen. — (rül)

TERMINE

18.6.: KOA der AG Metall und Herausgeber von *Kritik und Widerstand* treffen sich 11 Uhr in Frankfurt/M., Haus der Jugend, Deutscherherrenufer. Themen: Einrichtung einer AG bei der BWK-Bundeskonferenz und Zukunft des Nachrichtenheftes.

9.9.: Vorstandstagung der Bundeskonferenz BWK, Köln

16./17.9.: 3. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin

14.10.: AK Politische Berichte, Köln

14.-15.10.: Bundeskonferenz BWK, Köln

Als Ausgangspunkt für die Auswahl der Texte wollen wir vor allem die Rezeption der klassischen Philosophie in der Renaissance heranziehen. Die Philosophie des 15. und 16. Jahrhunderts stützte sich bei der Befreiung von theologischer Bevormundung auf die „Griechische Aufklärung“ und ihre Kritik an der religiösen Tradition und ihren Institutionen, an der Tyrannis und an der Forderung nach emanzipatorischer Humanität.

Wir wollen Texte von Platon, Aristoteles, Epikur, den Stoikern und ev. weiteren erörternd lesen; die genaue Auswahl steht noch nicht fest, Vorschläge sind willkommen.

AG Geschichte

Als Thema (Arbeitstitel) ist vorgesehen: „Die linke Preußenrezeption“. Als Literaturvorschläge zu diesem Thema wurden u.a. genannt und werden vorbereitet: Franz Mehring: Lessing-Legende; Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen; Ernst Engelberg: Bismarck — Das Reich in der Mitte Europas; Friedrich Schlotterbeck: Im Rosengarten von Sanssouci.

Kopien der vorgeschlagenen Kapitel aus den genannten und ev. weiteren Büchern werden nach der Anmeldung auf Wunsch zugesandt.

AG Wirtschaft

Folgende Themen sind in Vorbereitung: — Wirtschaftspolitik — parlamentarische Vorhaben der PDS-Landtagsfraktion Thüringen; wirtschaftspolitische

Vorhaben der PDS-Bundestagsgruppe (Donnerstag)

— Umbruch der gesellschaftlichen Betriebsweise, Zwischenbilanz Lean-production; gewerkschaftliche Strategiediskussion, Arbeit 2000, moderne Tarifpolitik (Berichte aus der Diskussion der Einzelgewerkschaften) (Freitag)

— Exkursion in den ländlichen Raum (Samstag)

— Wohnungsbau/Genossenschaftswesen (Sonntag)

AG Europastrategien

Am Samstag nachmittag findet eine Tagung der Arbeitsgruppe Europastrategien der BWK-Bundeskonferenz statt, die sich mit der wirtschaftlichen Dimension der europäischen Einigung befaßt. Dabei werden u.a. die Assoziationsabkommen mit den osteuropäischen Staaten untersucht.

Die AG Wirtschaft und die AG Geschichte werden am Samstag nachmittag nicht tagen, damit die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieser AGs an der europapolitischen Diskussion teilnehmen können. Weitere Interessierte werden um Anmeldung gebeten (wir weisen darauf hin, daß die Kosten für die Unterbringung nach Anmeldung auf jeden Fall bezahlt werden müssen, auch wenn die Teilnahme verhindert ist!).

Für die gemeinsame Diskussionsveranstaltung am Freitag, den 28.7., ist das Thema PDS: Sozialistische Partei in ganz Deutschland im Lichte der Erfahrungen der Bremer und der NRW-Wahlen sowie der Tarifkämpfe 95 vorgesehen.

— (Christiane Schneider)



UNBEQUEM

Die Zeitung der
Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer Polizistinnen und Polizisten

Schwerpunktthema
im Juni 95:

Abschiebestop für Kurden

Und ...

- Polizeiübergriffe und der Staatsanwalt
- Europol
- Neues BKA-Gesetz
- Weitere Verfahren gegen »Kritische«

UNBEQUEM erscheint 4x jährlich und kostet im Abo 15,- DM
Einzelausgaben 4,- DM
Bestellungen an den GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7, 50674 Köln

BRD/RAF wieder lieferbar!

Anfang Juni hat die Bundesanwaltschaft ihren Widerspruch gegen die Rückgabe der im August vergangenen Jahres wegen angeblicher „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ beschlagnahmten Dokumentation „BRD/RAF“ zurückgezogen. Damit müssen alle beschlagnahmten Exemplare zurückgegeben werden, der Verlag kann die Auslieferung wieder aufnehmen. Bestellungen sind ab sofort wieder möglich, bitte richten an:
GNN-Buchversand,
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,
Tel. 034204/65711, Fax: 034204/65893.

„Warum ich froh bin, meine Trauerfeier nicht erleben zu müssen“

Eine Geschichte von Klaus Westendorf,
entnommen aus: „Der Freidenker“ Nr. 2/95

Das Schwerpunktthema der neuen Ausgabe des „Freidenker“ (Organ des Deutschen Freidenker-Verbandes e. V., Sitz Dortmund) ist: „Sterben, Tod, Trauer“. Hintergrundberichte über die Geschichte der Feuerbestattung gehören ebenso dazu wie eine neuerliche Polemik gegen Befürworter und Dulder von „Sterbehilfe“. Die im folgenden mit freundlicher Genehmigung der Redaktion dokumentierte Geschichte von Klaus Westendorf befaßt sich ironisch mit eher „geschäftlichen Aspekten“ — (rül)

Vielleicht sterbe ich ganz plötzlich. So etwas kann einem ja passieren. Meine Hinterbliebenen sind dann völlig ratlos. Auch deshalb, weil sie jeden vorsichtigen Versuch, einmal über das zu reden, was im Ernstfall zu geschehen hat, immer mit dem Kalauer abgewehrt hatten: „Stirb erst mal, dann werden wir weitersehen“. Nun sehen sie nicht mehr durch und sind dem Bestattungsinstitut ausgeliefert.

Das tritt ihnen in schwarzem Kostüm und weißer Spitzenbluse entgegen. Die Dame sagt ihre Beileidsformel auf, begibt sich hinter den Schreibtisch und bittet um die Papiere, die im Sterbefall beizubringen sind. Sie zieht Erkundigungen ein über die Finanzlage meiner Bestattungspflichtigen sowie deren Haltung zum Verstorbenen — nun weiß sie, in welcher Höhe die Herrschaften gewillt sind, das Unternehmen florieren zu lassen.



Es folgt der künstlerische Teil der Verhandlung: sie breitet bunte Kataloge aus, und auf Glanzkarton läßt sie Särge, Schmuckurnen und Blumengestecke bewundern. Meine Hinterbliebenen entscheiden sich für einen Sarg, von dem ihnen versichert wird, daß dieses Modell gern genommen werde — anscheinend wegen der neobarocken Beschläge aus Plast, das vorgibt, Bronze zu sein. Der Schrein zählt zur mittleren Preislage, denn meine Hinterbliebenen wollen wohl noch ein bißchen Freude

am Erbe haben, doch Geiz macht in dieser Situation keinen guten Eindruck.

Allerdings wünschen sie nicht, Sarg samt Inhalt noch einmal zu sehen, und so wird das teure Möbel unbeachtet seinen Weg in die Flammen nehmen. Der Neobarock wird vorher entfernt, mit Stemmisen und Zange, von wegen Umweltschmutz. Die Verhandlung schreitet fort und geht über zu der Frage, welche Schmuckurne denn angenehm wäre.

Schmuck- oder Überurnen sind Blechtöpfe, garniert mit Kreuz, Flammenzeichen, Dürers gefalteten Händen oder Mäandermuster, in die man die eigentliche Urne hinein stellt. Der Zwischenraum wird, damit es bei der öffentlichen Vorzeigung später nicht klappt, mit Papier ausgefüllt. Je nach Bildungsstand des Personals benutzt man dazu Bild, FAZ oder sonstiges Abfallpapier.

Vor Jahren noch reichte es für eine würdige Bestattung aus, die einfache schwarze Aschenkapsel in die Erde zu senken. Jetzt fragt die Institutsdame mit Bestimmtheit: „Welche Urne nehmen wir denn?“ Meine Hinterbliebenen entscheiden sich für die mittlere Preislage. Nun werden sie vor einen Garderobenständer mit Sterbewäsche geführt. Sie sind etwas beklommen, dieser Art von Konfektion nähertreten zu müssen, doch dann nimmt man gesunde Baumwolle mit Rüschen. In mittlerer Preislage.



Es werden die Piecen für den musikalischen Teil der Feier ausgehandelt. Meine Hinterbliebenen sind erneut ratlos und lassen sich für das Largo aus der komischen Oper „Xerxes“ und das „Ave Maria“ entscheiden; ob von Schubert oder Bach-Gounod, das ist ihnen egal, auch, daß es sich dabei um das „Gebet einer Jungfrau“ handelt.

Nachdem über Friedhof, Urnenstelle, Datum und Uhrzeit der Feier Einigkeit erzielt worden ist, werden die Kosten zusammengerechnet, einschließlich amtlicher Gebühren usw.

Jetzt sind meine Hinterbliebenen von echter Trauer ergriffen. Am Tage des Abschieds haben die Angehörigen rechtzeitig vor der Trauerhalle zu stehen, weil 30 Minuten vor Beginn der Veranstaltung der Redner erscheinen soll. Der Herr erscheint wohl abgehetzt, doch immerhin noch acht Minuten vor der Feier. Er kommt von einem Friedhof am anderen Ende der Stadt und schafft es noch, sich einige Notizen zu machen. Meine Hinterbliebenen betonen dabei, ich sei ein anständiger Mensch gewesen.

Drinnen — nach dem Largo — betritt dieser Herr die Szene. Routiniert vorbeugt er sich vor der Urne, postiert sich zwischen Kerzenattrappen mit Nachfülleinrichtung und abwaschbaren Palmen aus dem Versandhaus und verblüfft die Anwesenden zuerst mit der Feststellung, daß der Tod das Ende des

Lebens ist. Anschließend unternimmt er einen Exkurs über die Vergänglichkeit im allgemeinen und im besonderen behauptet, daß ich ein arbeitsamer und bescheidener Mensch gewesen sei und empfiehlt seinem Publikum, mich in bleibender Erinnerung zu bewahren. Originalton: „... fest in all ihren Herzen für ewig einzuschließen ...“.

Es ist die Rede vom Grundmuster Nr. 4, nur beim Namen und dem Geburtstag muß er den Notizzettel zu Rate ziehen. Nach 12 Minuten hat er sein Honorar abgearbeitet.



Die Dame am Harmonium hat sich nach Abgeben der ihr bekannten Elogen von Kreuzworträtsel lösen müssen, sie intonierte das „Ave Maria“ sowie die Ausgangsmusik und drückt einen Knopf um dem Hallenwart das Zeichen zu geben, jetzt die Türen aufzureißen und der Leuten lautstark zu befehlen, daß man nun seine Blumen aufzunehmen habe.

Das geschieht in einem Durcheinander, denn nicht jeder hat sein kurz vor der Feier erstandenes Gesteck noch in Erinnerung. Es entwickelt sich ein buntes Markttreiben, bei dem der Hallenwart jeweils zwei Gebinde hochhält mit der grammatikalisch nicht ganz sauberen Frage: „Wem sind die?“

Anstandshalber hatte der Redner noch das Jungfrauengebet sowie die ersten Takte der Ausgangsmusik abgewartet. Nun bedeutet er meinen Nächsten, daß er nicht mitkommen könne bis zur Urnenstelle. Schnell schlägt er sich seitwärts in die Thuja-Hecke und rennt zum Auto, denn woanders wartet die siebte Trauergemeinde des heutigen Tages auf seine trostreichen Wörter.

Drinnen hat inzwischen fast jeder seinen Strauß gefunden, und man steht ungeordnet herum. Der Urnenträger greift sich meine Urne, drängelt sich durchs Publikum und schreitet dann würdevoll dem Ausgang zu, aber nicht zu langsam — schließlich stehen noch drei Beisetzungen an, und wegen der Personaleinsparungen muß er sich spalten.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte,
50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische-Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 81 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

Bankleitzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

Name:

Im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse